

Die „Volkskraft“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Grubenstr. 1/4,
und durch Kolportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich 2.50,
halbjährlich 4.50,
jährlich 8.00.
Durch die Post bezogen 2.50,
frei im Haus 2.92,
wo keine Post am Orte 3.34.

Volkskraft

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 66.

Breslau, Dienstag, den 19. März 1912.

23. Jahrgang.

Was wird im Waldenburger Revier?

Glück auf! Kameraden, durch Nacht
zum Licht!
Und sollen die Feinde nicht kummern,
Wir hatten so mancher verzweifelte Schicht
Und sahen die Sonne doch schimmern.
Nur einig, einig müssen wir sein,
So fest und geschlossen wie Erz und
Gestein.

Wenn irgend etwas dem Frieden im Waldenburger
Revier gefährlich werden kann, dann ist es das un-
antwortliche Verhalten der Grubenherren. Fast scheint es,
als ob diese Leute mit dem Feuer spielen wollen. Aus
den Tiefen der Schächte grüßt es heraus im dumpfen
Jorn; Unwetter ziehen sich zusammen. Aber das sieht
die Grubenmagnaten nicht an. Für die berechtigten For-
derungen der Bergleute scheinen sie nur Spott und Hohn
übrig zu haben.

Man lehnt es stolz ab, mit der Berufsorganisation
der Arbeiter zu verhandeln und will sich nur dazu be-
quemen, die Arbeiterausschüsse zu empfangen. Aber auch
damit überflürzen sich die Herren beileibe nicht, denn als
Verhandlungstermin setzen sie den nächsten Donnerstag
fest. Im übrigen sind sie wohl der Ansicht, daß man
schöne Worte umsonst hat, denn ihre Schreiben an die Be-
legschaften sind gar höflich und verbindlich abgefaßt.

Aber es ist wahrhaftig an der Zeit, daß dem Walden-
burger Bergmann etwas Reales für den Magen geboten
wird, denn schöne Worte machen nicht satt. Uns Un-
geheuerliche stieg der Reichtum der Kohlenbarone, während
die Arbeitsschienen, die alle diese Werte im Schweiß ihres
Angesichts und mit Gefahr ihres Lebens zu Tage förderten,
mehr und mehr verelenden. Seit Jahren schnellen die
Lebensmittelpreise zu schwindelnder Höhe empor, steigen
die Steuern von Etat zu Etat um Hunderte von Millionen.
Der Lohn der Bergleute aber stieg nicht, nein, er fiel so-
gar in den letzten Jahren, und er hat heute noch nicht die
Höhe des Lohnes von 1907 erreicht. Dabei sank der
Kaufwert des Geldes ganz gewaltig.

Um 1,50 Mark ist der Lohn des schlesischen Berg-
manns geringer als der seines rheinländischen oder west-
fälischen Kameraden. Dabei sind weder die Lebensmittel,
noch die sonstigen Existenzverhältnisse im Waldenburger
Revier etwa billiger als in Westdeutschland. Was rech-
fertigt also diesen Lohnrückstand? Nichts. Lediglich die
Anspruchlosigkeit der schlesischen Bergleute hat dieses Miß-
verhältnis verschuldet. Sie allein ist daran schuld, daß
man ihnen noch 3,36—3,63 Mark pro Schicht unter Tage
zu bieten wagt.

Jetzt aber scheint auch bei diesen Genüglichen das
Maß voll zu sein. Laufende drängten sich am Sonntag
in die dumpfen Gassen. Stürmischer Wetfall umraute die
Kameraden, die in ihren Neben der allgemeinen Empörung
Ausdruck gaben. Kein Warten mehr, auf zum Kampf,
das stand in jedem dieser arbeitsiharten Gesichter geschrie-
ben. Ob die Bergherren den Ernst der Lage erkennen
werden, ehe es zu spät ist?

Noch scheinen sie sich ja schönen Illusionen hinzugeben.
Die verräterische Haltung der christlichen Führer
und der besonders im Waldenburger Revier gar liebevoll
gepflegte reichstreue Arbeiterverein sind Dinge, die ja zu
ihren Gunsten wiegen. Zudem taten sie noch ein übriges,
indem sie 130.000 Mark ihres sauer verdienten „Ent-
behrungslohnes“ zur Züchtung eines Neptils verwandten,
das als „Neues Tageblatt“ auf die Bergarbeiter losgelassen
wurde und dieselben zufrieden schreiben soll. Ferner wur-
den vorsichtigerweise am Sonnabend sämtlich Steiger des
Waldenburger Reviers als Polizeidiener vereidigt, sicher
nicht nur zum Spaß. Schon spricht man auch von einer
Verstärkung der Sicherheitsmannschaften und Heranziehung
von Militär. Aber von einer Erhöhung der Löhne oder
Bewilligung sonstiger wirklich billiger Forderungen der
Bergleute spricht man nicht. So lange die Herren absolut
über den Regierungsapparat verfügen können, glauben sie,
ganz Deutschland ihren Willen diktieren zu können. Nun,
am Montag werden die Ausschüsse verhandeln, und sollten
die Herren verblendet genug sein, durchgreifende Zug-
ständnisse zu verweigern, dann muß am Donnerstag der
Würfel fallen.

Auf dem Wege zum Bahnhofe beegne ich einem
Zetgenzuge. Ein hundert Männer in Knappenkleidung
geleiten einen Kameraden zu Grabe. Die Bergkapelle
spielt ein gar trauriges Lied. Hinter dem umflorten
Sarge aber wandt weinend die Witwe, ein Weib in den
besten Jahren. Wer mag ihr den Ernährer entziffen
haben? Stach er wohl im Bett oder unten im dunklen
Schachte? Langsam wagt der düstere Zug vorüber. Ich
aber gebe der Sechshundert, die eben im Saale der
„Krone“ einmütig die Hand erhoben und gelobt, alles
daran zu setzen zur Verteidigung ihrer Menschenrechte.

A. O.

Die in zahlreichen Versammlungen zu vielen Tausen-
den zusammengeklärten Bergleute des Reviers stimmten
einstimmig folgender Resolution zu:

Die Bergarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von den An-
worten des Bergbauvereins und einzelner Gruben-
Verwaltungen. Die Versammelten drücken ihre Enttäuschung
aus, daß die Verwaltungen mit den Organisationen nicht
verhandeln wollen. Die Belegschaften erklären ihr Einver-
ständnis, die Arbeiter-Ausschüsse mit der Vertretung der For-
derungen zu betrauen.

Nur fordern die Versammelten, daß die Ausschüsse schon
am morgigen Montag an die Verwaltungen den Antrag
stellen, alle Ausschüsse für Dienstag einzuberufen, da-
mit die Ausschüsse am Mittwoch in einer Revier-Kon-
ferenz Bericht erstatten können, sobald die weiteren Schritte
ohne Verzug von den Belegschaften unternommen werden
können.

Die heutige Versammlung protestiert weiter gegen die
offenkundige Absicht der Grubenkapitalisten und der Regierung,
die Lohnbewegung der deutschen Bergleute als eine politische
Machaktion der Sozialdemokratie zu stempeln. Die nieder-
schlesischen Bergleute betonen auf das Bestimmteste, daß nur
die Lohnfrage und die in der Eingabe festgelegten Forde-
rungen die Triebkräfte der Bewegung sind, die ihre Ursachen
in dem Niedergang der Löhne und in der Verelendung haben.
Die Bestrebungen der Grubenherren, der Zentrumsverfälscher
und der Regierung, die Bewegung als eine politische
zu bezeichnen, sie mit Waffengewalt niederzuschlagen, muß da-
zu führen, die Lohnfrage in den Hintergrund zu drängen
und die deutsche Bergarbeiterbewegung zu schädigen.

Im übrigen aber verdammen die Versammelten die hoch-
politischen Bestrebungen aller Arbeiterfeinde, das Versamm-
lungs- und Streikrecht der deutschen Bergarbeiter durch Po-
lizei- und Militärverwaltungen aufzuheben, wie es gegen-
wärtig im Ruhrrevier geschieht. Angesichts dieser Gewalttaten
gegen die Streikenden sprechen die niederschlesischen Knappen
den Brüdern im Ruhrrevier ihre treue Solidarität aus und
geloben ebenso, bis zum Renzieren allen Provokationen zu
trotzen.

Das ist eine energische Antwort auf die Ver-
schleppungstaktik der Zechenherren. Hoffentlich sind diese
nun gewarnt.

Gesellschaftserschütterung.

Wie ein Erdbeben in der Natur ganze Ortschaften,
ganze Landstriche erschüttert, und zeitweilig durch seine
rein physische Einwirkung auch die Bande der gesellschaft-
lichen Ordnung zerreißt, so wirkt auf die Gesellschaft
direkt ein großer Streik, besonders aber ein Bergarbeiter-
streik ein. Noch jedes mal, wenn wir in Deutschland oder
im Ausland einen solchen Streik gehabt haben, bemäch-
tigte sich der bürgerlichen Gesellschaft eine nervöse Auf-
regung und aufgeregte Unruhe, die dann gerade bei den
Machtshabern in Staat und Gesellschaft die Wirkung aus-
zulösen pflegt, sie zu allerhand rücksichtslosen Unter-
drückungsmaßnahmen anzutreiben. Daß gerade ein Berg-
arbeiterstreik diesen gesellschaftserschütternden Einfluß aus-
übt, erklärt sich leicht. Die Kohle ist der unentbehrliche
Nährstoff der gesamten großen Industrie nicht nur, son-
dern auch aller wichtigsten Transportmittel. Kommt die
Kohlenproduktion ins Stocken, dann wird die Industrie,
dann wird der Verkehr lahmgelegt. Um so schneller, um
so gründlicher macht sich das geltend, je weiter die kapita-
listische Entwicklung eines Landes vorgeschritten ist. Bei
den Arbeitseinstellungen keiner anderen Berufsstände, mögen
sie an Umfang einem Bergarbeiterstreik auch gleichkommen,
kann eine so umfassende Wirkung eintreten; denn alle
sonstigen Produkte gewerblicher Arbeit, so notwendig sie
auch an sich sein mögen, beeinflussen doch nur gewisse
Zweige des gesellschaftlichen Lebens, deren Unterbindung
nicht die Fortexistenz der Gesellschaft selbst gefährdet. Es
verhält sich damit, als wenn ein Mensch sich einen Arm
oder ein Bein verstaucht. Er wird dadurch gehindert in
der Fortbewegung, zum Teil auch im Schaffen, aber seine
Lebenskraft wird nicht vernichtet. Ganz anders ist es,
wenn der Ernährungsprozeß gelähmt oder gar zerstört
wird, dann ist es aus mit ihm überhaupt. So könnte ein
hochentwickelter kapitalistischer Wirtschaftsorganismus völlig
außer Betrieb gesetzt werden durch einen auf längere Zeit
allseitig konsequent durchgeführten Bergarbeiterstreik.

Die Einsicht in diese Tatsachen, das Bewußtsein von
der daraus entstehenden Gefahr für die kapitalistische Ge-
sellschaft ist es, die bei den Interessenten der Gesellschaft
Beunruhigung hervorruft wegen der Existenz dieser Gesell-
schaft selbst. Das haben wir jetzt in England wie in
Deutschland gesehen. Die Machtshaber sagen sich: Was soll
daraus werden, wenn alle diese rebellierenden Gruben-
flotten einmal in voller Erkenntnis der furchtbaren Macht,
die ihnen der Zusammenschluß und die einmütige Aktion
geben würde, in einen Streik eintreten, nicht irgend wel-
cher partieller Lohnforderungen wegen, sondern um die
kapitalistische Wirtschaftsordnung selbst außer Betrieb zu
setzen?

Da sind denn kapitalistische Interessenten auf den Ge-
danken verfallen, es müsse den Bergarbeitern das Streiken
überhaupt verboten werden. Sie konnten bisher nur noch
kein Mittel ausfinden, wie man ein solches Verbot durch-
führen könne; denn man mag noch so viele Paragraphen
auf gebulbtes Papier drucken, sie nützen nichts, um hun-
derttausende von Menschen zu einer bestimmten Arbeit zu
zwingen, die sie nicht ausführen wollen. Da nun mit

keinerlei Mitteln die Weiterführung der Bergarbeit zu er-
zwingen ist, wird von den Unternehmern und ihren Hand-
langern in der Regierung nach allen möglichen Gewalt-
mitteln gegriffen, durch die auf indirektem Wege die Berg-
arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen werden
können. Und bei dem niedrigen Standpunkt preussischer
Staatsmannschaft ist es ja auch erklärlich, daß die preu-
ßisch-deutsche Regierung zu weit brutalen Zwangsmitteln
greift, als die englische, die immerhin schon auf reichere
Erfahrung im kapitalistischen Wirtschaftsleben und im po-
litischen Leben ihre Erwägungen stützen kann. Im Ruhr-
gebiet wurden die Streikorte sofort mit bewaffneten Schutz-
leuten nicht nur, sondern mit Infanterie und Kavallerie
überfüllt, und gegen die Kinderwagen, die Herr
Sydow schauend im Reichstage als mobile Schutzwehren
der Streiker denunzierte, wurden Maschinengewehre auf-
gefahren.

Es ist auch nur ein Beweis für die brennende Angst
in den Seelen der kapitalistischen Machtshaber und ihrer
Vorführer, wenn sie für den Streik der Ruhrbergleute
nach politischen Motiven suchen, und sich nicht zufrieden
geben wollen mit der natürlichen Erklärung, daß die Berg-
leute ihre berechtigten Lohnforderungen durchsetzen wollen,
so lange die wirtschaftliche Konjunktur ihnen noch einen
Erfolg verspricht. Wenn die Bergleute den Verschleppungs-
versuchen der Bergherren gegenüber auf sofortige Gewäh-
rung ihrer Forderungen bestehen, so erklärt sich das ganz
natürlich aus der Erwägung, daß der Sommer immer
das Kohlenbedürfnis verringert und mit der Herannahen-
den warmen Zeit deshalb auch die Aussicht der Bergleute
auf einen umfassenden Erfolg sich von Tag zu Tag ver-
ringert. Die Herren Delbrück, Sydow u. Co. wittern
aber dahinter tiefgehende politische Pläne. In völliger
Unkenntnis der Gewerkschaftsbewegung denunzieren sie den
Streik als ein Ergebnis sozialdemokratischer Hetzerei. Im
Kohlengebiet prägt sich immer wieder das Bewußtsein aus,
daß von einem umfassenden Streik der Bergleute im Zu-
sammenhang mit einem allgemeinen Streik aller Arbeiter
zu politischen Zwecken ein gewaltiger Einfluß auf das
öffentliche Leben ausgeübt werden könnte, an dem alle
reaktionären Pläne daran zerbrechen müßten.

Zweifellos sind es also nicht politische Motive, die
den Streik der deutschen Bergarbeiter herbeiführt haben.
Wohl aber kann er eine politische Wirkung tiefgehen-
der Art ausüben. Die Proletarier, die ihren Emanzipa-
tionskampf durch Ausnutzung aller Zeitumstände und aller
Kampfgelegenheiten durchzuführen haben, können daran er-
messen, welcher Wert für sie die Anwendung des politischen
Massenstreiks haben kann. Die deutsche Sozialdemokratie
hat die Verwertung dieses Kampfmittels im Prinzip be-
schlossen. Sie hat seine Anwendung in erster Reihe ins
Auge gefaßt für den Fall, daß ein Angriff auf die Volks-
rechte, sei es zur Zerstörung des Koalitionsrechts, sei es
zur Abschaffung des Reichstagswahlrechts, unternommen
werden sollte. Der politische Massenstreik ist vor allen
Dingen das gebotene Abwehrmittel gegen einen Staats-
streik irgend welcher Art.

Die Vertreter der herrschenden Klassen können an dem
Ungemach, das ihnen jetzt schon der partielle Streik einer
Mehrheit der Bergarbeiter verursacht, ermesen, welche Wir-
kungen auf Staat und Gesellschaft es ausüben würde, wenn
auch nur die große Masse der jetzt bereits auf sozialdemo-
kratischen Boden stehenden Arbeiter, einschließlich der Berg-
arbeiter, zu diesem letzten Machtmittel des Volkes ihre Zu-
flucht nehmen würde. Die Sozialdemokratie ihrerseits
kann aus den gegenwärtigen Vorformanten die Ueber-
zeugung schöpfen, daß ihre opferwillige und kampfbereite
Entschlossenheit ihr den Sieg gegen alle Staatsstreikpläne
der reaktionären Machtshaber verbürgt. Würden die Reak-
tionäre in ihrer blinden Angst es auf eine Gewaltprobe
ankommen lassen, so könnte die Gesellschaftserschütterung
durch den Massenstreik leicht zum völligen Zusammenbruch
der kapitalistischen Gesellschaft führen.

Wirkungen des Bergarbeiterstreiks.

Die Deutsche Ammonial-Verkaufs-Vereinigung versendet
unter dem 12. März folgendes Schreiben:

An unsere Abnehmer!
Folgende des ausgebrochenen Bergarbeiterausstandes können
die Abnehmer der unserer Vereinigung angehörenden Gesellschaf-
ten überhaupt nicht mehr oder nur noch in einem Umfang in
Betrieb gehalten werden, daß eine Gewinnung der Nebenre-
zeugnisse einstellend vollständig in Frage gestellt ist.

Bei der Ausdehnung, welche der Ausstand gegen alles Er-
warten bereits angenommen hat, muß damit gerechnet werden,
daß die Unterbrechung unserer Lieferungsverhältnisse längere
Zeit anhalt.

Wir sind daher genötigt, auf Grund der mit Ihnen ver-
einbarten Bedingungen unsere Lieferungen einstellend
vollständig einzustellen. Welchen Anteil wir Ihnen auf
die fälligen, aber noch nicht bezogenen Mengen werden liefern
können, läßt sich erst nach Beendigung des Ausstandes genau
feststellen.

Da die Kohlen, welche den einzelnen Anlagen zur Ver-
fügung stehen, bringen erforderlich sind, um
die zur Wasserhaltung erforderlichen Ma-
schinen in Betrieb und die Kesselheizer beizubehalten, so kann angenommen werden, daß nennenswerte
Mengen von Ammonial während der Zeit des Ausstandes
nicht gewonnen werden können und daß wir somit in der Lage

nen lächelnden Blick auf Cornien werfend, „und so bin ich
noch, meine Tochter in der Tracht zu sehen, die ihr gehört.“
Dieses Himmelsbrot kann kein langes Seidenleib brauchen, aber
sein Fräulein muß ebensomöglich den kurzen Priesterrock anziehen.
— Es ist damit gerade so, Herr Cornien, als wenn Stoa's
sich herablassen, mit der Jugend zu säubern und kost-
spielige Witzen zu heucheln. Jeder in seiner Weise. So
glänze ich aber auch erfreut sein. Sie selbst einmal im Traud und
and'wogen zu erblicken und statt des nackten Halses und des
rothen Luchses, der weißen Binde ihr Recht widerfahren zu
lassen.“ (Kostung folgt.)

gerausgeworfen werden, auf die Konsumenten verfallen. Die anarkonservative Brandweinbrennerpreste, „Kreuzzeitung“, „Deutsche Tageszeitung“ usw., spricht auch schon ganz offen aus, daß die Abschaffung der Liebesgabe wie eine neue Verbrauchssteuer wirken und den Preis des Produkts verteuern würde.

Hinter der Abschaffung der Liebesgaben steht aber die Einführung des Spiritusmonopols, die geplant ist, wenn auch noch nicht feststeht, in welcher Form sie zur Ausführung gelangen soll.

Der Nachfolger Herrn Bermuths, der bisherige Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt, Kühn, ist um die Aufgabe, die er übernommen hat, wahrlich nicht zu beneiden. Er spielt eine ähnliche Rolle wie Herr v. Bethmann, als er im Jahre 1909 Wilhoms Erbschaft antrat. Das damals im großen geschah, wiederholt sich jetzt im Kleinen: ein Minister fällt über die Erbschaftsteuer und sein nächster Untergebener tritt an seine Stelle, um den Willen der Mächtigen auszuführen, dem sich jener nicht hatte unterwerfen wollen. Der Unterschied ist nur der: Wilhoms fiel wenigstens in offener parlamentarischer Fehlschlacht, während Bermuth im Dunkeln abgemurgt wurde. Wilhoms unterlag einer Mehrheit, Bermuth muß gehen, weil er sich einer Windheit nicht fügt. Neue Heeres- und Flottenvorlagen kommen, die vor drei Jahren unter schwersten Kämpfen und Opfern mühsam geordneten Finanzplan geraten abermals in Verwirrung, und abermals suchen sich die Besitzenden der Pflicht zu entziehen, zu den patriotischen Redensarten, mit denen sie so freigebig sind, auch nur den kleinsten Zuschuß in bar zu leisten.

Das Ende der Verarbeiterebbeatte.

Die Beratung der Interpellation über den Streik in Ruhrrevier wurde heute zu Ende geführt. Dieser letzte Tag der Debatte, die auf den Tribünen mehr Aufmerksamkeit erhielt, als unter den Abgeordneten selbst, war fast ausschließlich erfüllt von einer Auseinandersetzung unter den Gewerkschaftlern der verschiedenen Richtungen. Die Aussprache, an der von unserer Seite die Genossen König und Sachse teilnahmen, von der anderen die Abgeordneten Giesberts, Becker und Behrens, brachte wiederum in ihrer oft erbitterten Heftigkeit den tiefen Gegenatz der Anschauungen zum Ausdruck. Mehr noch vielleicht den empörten Widerwillen unserer Genossen gegen diejenigen, die Arbeiterführer sein wollen und in einem entscheidenden Augenblick ernstesten Kampfes ihren Kameraden in den Rücken fallen.

Die christlichen Gewerkschaftler sind das könnte ihnen zu gute gehalten werden, wenn sie nicht selbst die Schuld daran trügen, in einer höchst peinlichen Situation. Sie müssen die Berechtigung der Arbeiterforderungen zugeben, dürfen aber unter keinen Umständen den Kampf selbst billigen, und sind daher in der verärgerten Zwangslage, den Schmarinadern Material gegen die Streikenden zu schaffen. Das hat wiederum, und mit erneuter Deutlichkeit die Rede des Abg. Giesberts bewiesen, der die heutige Debatte einleitete. Giesberts der früher immer, namentlich im großen Streik von 1905, den Radikalen unter den Christlichen mit Vorliebe gespielt hat, muß jetzt dem brutalen Fackelkapital solche Schlepperdienste leisten. Er versucht allerdings viel Pathos mit möglichst viel Lungenschmerz aufzubringen. Aber was war seine Rede schließlich anderes als ein Aufruf genau die Bergarbeiter? Es nützt wirklich nichts, von Zeit zu Zeit Bemerkungen über die Notwendigkeit von Lohnherabsetzungen einzuflechten, oder fromme Wünsche zu äußern, daß Gewalt nicht angewendet werden möge, wenn man zugleich das Bedürfnis nach militärischem Schutz betont und gegen einen Streik weiter, den Hunderttausende in diesem Augenblick führen! Da ist kein Kompromiß möglich, wer nicht für die Arbeiter ist, ist gegen sie! Und wer als Arbeiterführer den Kampf nicht mitmacht, der ist Verrät! Die Herren Giesberts, Behrens, Becker haben ja auch ebenso wie am ersten Tag ihr Kollege Schiffer den wohlverdienten Beifall von den schlimmsten Arbeiterfeinden erhalten, und wenn sie die Tribune verlassen, dürfen alle die Junker und deren Freunde wohlgefällig und befriedigt nicken. Sie erhalten so den beschämenden Lohn für die Sklavendienste, für die sie sich gut genug halten. Wenn beispielsweise Herr Behrens in unwandelbarer Treue zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung unterstreicht, und wenn Herr Arendt dieses Bekenntnis mit einem „Sehr richtig“ begleitet, kann es das eine schärfere Kritik der christlichen Taktik und des christlichen Verrats geben! Der Abgeordnete Becker-Ursberg konnte sich auch gar nicht gegen die Zurufe aus unseren Reihen wehren, daß er mit seinen Freunden nur noch dem Apikal Selberknecht leistet.

Unser Genosse König zeichnete die ganze Situation, wie sie jetzt am Ende dieser Beratung geworden ist, in einer eindringlichen und überzeugenden Rede. Mit Verisprechungen und Weisungen können die Bergarbeiter nicht gelöst werden, sonst hätten sie seit Jahrzehnten keinen Hunger verspüren können. Er zeigte, wie heute noch dieser Streik um Forderungen geht, die vor 23 Jahren erhoben sind. Und wenn trotzdem Mehrheitsparteien und Regierung Widerstand leisten, so tragen die Christlichen mit ihrer gelben Taktik daran Schuld. Sie helfen Räubergeschichten verbreiten und geben so unseren schlimmsten Feinden Vorwände, liefern ihnen die Waffen gegen die eigenen Brüder. Auch Genosse Sachse, der noch einmal das Wort ergriff, charakterisierte in demselben Sinne den Ertrag der ganzen Auseinandersetzung. Seine warmherzige Verteidigung der schwer ringenden Bergarbeiter konnte allerdings auf diese Mehrheit und auf eine ansehnliche Regierung keine Wirkung ausüben, aber die Arbeiter werden keinen Zweifel haben, wo ihre Freunde sind. Das ist auf jeden Fall ein unschätzbar wertvolles Ergebnis der Debatte!

Sozialdemokraten gegen Steuerbeiraudanten.

Im „Tag“ nimmt Professor Hans Delbrück seinen Feldzug für eine bessere Steuerveranlagung wieder auf und fertigt zunächst den Minister des Innern ab, der seine Behauptungen als im allgemeinen unrichtig hingestellt hatte. Delbrück nimmt an, daß das steuerpflichtige Vermögen in Preußen 140 Milliarden beträgt, während im Jahre 1908 nur 91 1/2 Milliarden versteuert wurden. Seitdem ist das versteuerte Ver-

mögen auf 104 Milliarden im Jahre 1911 gestiegen, es würden danach also immer noch 36 Milliarden sich der Besteuerung entziehen. Das ist, wie Delbrück mit Recht hervorhebt, eine Ungerechtigkeit gegen die Beamten und Arbeiter, die ihr Einkommen bis auf den letzten Pfennig versteuern müssen.

Zum Schluß macht Professor Delbrück folgenden „Vorschlag zur Güte“:

Das einzige Mittel über die sozialen Kränkungen bei der Steuerveranlagung hinwegzukommen, ist, die Kommission so zusammenzusetzen, daß Leute, die ohnehin Feinde sind, darin vereinigt sind und sich gegenseitig kontrollieren. Mit anderen Worten, die Herren Minister müßten Anweisungen ergehen lassen und ihren ganzen Einfluß dafür einsetzen, daß in den Veranlagungskommissionen stets Mitglieder aller Parteien vertreten sind also vom bürgerlich auch Sozialdemokraten. Diese Partei man uns sonst noch so unheimlich sein, aber hier könnte sie sich einmal sehr nützlich erweisen. Auch wer sie prinzipiell für eine Ausgeburt der Hölle hält, wird nicht leugnen, daß es persönlich unter ihnen so achtenswerte Leute gibt, wie in irgend einer anderen Partei, die die Pflichten eines Ehrenamtes, in diesem besonderen Falle die Pflicht der Geheimhaltung, nicht weniger streng beobachten würden als andere. Sollen erst allenthalben in den Veranlagungs-Kommissionen auch Sozialdemokraten, so werden, wo falsch veranlagt worden ist, bald Verichtigungen eintreten, und wo richtig veranlagt worden ist, keine falschen Beschuldigungen mehr erhoben werden.

Es ist zu erwarten, daß dieser „Vorschlag zur Güte“ von der Presse der Steuerbeiraudanten, besonders der agrarischen, mit einem neuen Aufgeheul aufgenommen werden wird.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstags verhandelte am Freitag über den Antrag Gröber betr. die Einschränkung der Interpellationen. Abg. Gröber führte zur Begründung des Antrags die Worte aus: „Gröber, Gröber, Gröber, wie dort durch Mißbrauch des Interpellationsrechtes Obstruktion getrieben worden sei. Es müsse einer Ordnung der ordnungsmäßigen Fortführung der Geschäfte des Reichstages vorgebeugt werden. Abg. Gröber entwarf diese Begründung mit dem Hinweis, daß im Deutschen Reichstag noch nie eine Diskussion unter Mißbrauch des Interpellationsrechtes vorgekommen sei, vielmehr sei im Senatskontinent mehrfach gegen die Verletzung des Interpellationsrechtes remonstriert worden. Nach der Abg. Ledebur und Frank wandten sich gegen den Antrag Gröber, während Abg. Kretz für ihn eintrat. Abg. v. Beyer (Hannover) hatte nur gegen die Fassung des Antrags Bedenken, stimmte ihm aber im Prinzip zu, während der Abg. v. Land (Hannover) treffende Ausführungen gegen ihn machte. Die Windheit wurde einen solchen Akt stets als Vergeßlichkeit betrachtet.

Bei der Abstimmung stimmte der Fortschritt v. Beyer nach unverständlichen Änderungen für den Antrag Gröber, den wir gestern mitgeteilt haben, der also durch die Stimme Bayers mit elf gegen zehn Stimmen angenommen wurde.

Da der Reichstagsrat zu den Beschlüssen der ersten Sitzung Stellung nehmen will, so wird es dem Vorsitzenden überlassen, für welchen Tag er die erste Sitzung zur zweiten Sitzung einberufen will.

Vom Militärposten erschossen. Auf Fort 11 bei Mülheim a. Rh. versuchten drei Arbeiter, in die Militärkaserne einzudringen. Sie wurden vom Posten überrascht, einer ergab sich, zwei suchten zu fliehen und als sie nicht auf den Anruf des Postens standen, wurden sie von diesem niedergeschossen. Beide waren sofort tot.

Der Bayer Landtagsmüde. Der württembergische Kammerpräsident, Justizrat v. Payer, will nicht mehr zum Landtag kommen. Er gehört dem Landtag seit 1897 an und ist seit 1895 Kammerpräsident.

Neue Regelung des Technikerrechtes. Der Staatssekretär Dr. Zolner hat vor einigen Tagen eine Konferenz mit dem Syndikus des Verwaltungsverbandes Dr. Werner, in der es sich um die gezielte Neuregelung des Technikerrechtes handelte. Dem Reichstag soll im Herbst ein Entwurf zugehen, der nicht nur die Materie regelt, sondern auch Bestimmungen über die Frage der Konfurrenzklausel trifft.

Panjabund und Geringfügigkeit. In einer vom Panjabbund einberufenen Sachverständigen-Konferenz wurde über die Lage der deutschen Getreidepreise verhandelt. Man erklärte sich einverstanden gegen den vom Bund der Landwirte beschlossenen Preissteigerungsplan, will dagegen auf eine Erhöhung des Büchereifonds hinwirken.

Justizminister v. Beyer bleibt. Die Nachricht, daß der preussische Justizminister v. Beyer demnächst aus seinem Amte scheiden und durch den Staatssekretär des Reichsjustizamts, Dr. Bischoff, ersetzt werden soll, wird vom „Berliner Lokal-Anz.“ in aller Form dementiert.

Ausland.

Beschränkung des italienischen Operationsgebietes in Tripolitani?

Der Scheit der Senussi, einer namentlich im Inneren von Tripolis und den angrenzenden Teilen der Sahara verbreiteten, aber im ganzen südlichen Islam, von Westafrika bis zu den malaiischen Inseln, sehr einflussreichen und fanatischen mohammedanischen Sekte, hat der türkischen Regierung mitgeteilt, daß sie an der Vertreibung des türkischen Gebietes in Afrika im Interesse des gesamten Islams unbedingt anhalten müsse, selbst wenn sie zu einer wirksamen Kriegsführung nicht imstande sei, was das ja der Mangel einer freien Landesverbindung und einer genügenden Flotte mit sich bringt. Werde die Flotte in diesem Punkte wandeln, dann werde man ein anderes, energischeres Kalifat (die höchste geistliche Gewalt des Islams) schaffen. Diese Rücksicht mag neben dem allgemeinen Grundsatze der Jungtürken, mit Bild zu auf das Ansehen ihres Reiches selbst die Abtretung jener und wertvoller Gebiete zu verweigern, die Parteilichkeit des türkischen Widerstandes erklären. Und doch darf wohl mit Sicherheit angenommen werden, daß von einem völligen Rückzug Italiens keinesfalls mehr die Rede sein kann. So wenig reellen Nutzen das arme Italien aus einer Besetzung der wenig fruchtbaren Küste von Tripolis ziehen kann, so ist es bei den heute geltenden Auffassungen von Selbstachtung bei einer Grobmacht selbst geringeren Ranges ganz ausgeschlossen, daß sie einen so verhängnisvollen und bisher schon teuer bezahlten Schritt wieder zurückzunehmen werde. Ebenso ist nicht anzunehmen, daß die maßgebenden Grobmächte irgendwo in dieser Richtung wirken würden, schon, um nicht dem Islam gegenüber das „Prellige“ der „christlichen Kulturstaaten“ zu gefährden.

Nun hat bekanntlich der italienische Oberkommandierende, General Canova, schon vor mehreren Wochen erklärt, daß an eine Eroberung des Innerns in absehbarer Zeit gar nicht gedacht werden könne. Und jetzt erinnert die der Regierung nahestehende Zeitung „Popolo Romano“ an ein Wort des hervorragenden deutschen Afrikaforschers Dr. v. Wissmann, der den Italienern geraten hat, wenn sie einmal dort erobernd vorgehen wollten, sich dann mit dem Allertüchtigsten zu begnügen und das Innere dem Scheit der Senussi zu überlassen. Danach ist wohl anzunehmen, daß Italien, das seinen Triumph schon darweg genommen hat, seinen Rückzug auf ein wesentlich bescheidenes Maß beschränken dürfte. Zunächst haben nur die Küstengebiete

einen erheblichen Wert. Und ebenso wird Italien, ohne für Generationen ungeheure Wüstenmittel aufzubieten, mehr als die Hälfte der Angelsen der Einwohnern gegenüber behaupten können. Da nun vor kurzem bereits von italienischer Seite erklärt wurde, daß man bereit sei, die religiösen Rechte des Islams den Christen gegenüber anzuerkennen, auch für die türkischen Staatsgüter im Lande Vergeltung zu zahlen, und schließlich noch einen Teil der türkischen Staatsschuld zu übernehmen, so darf wohl damit gerechnet werden, daß etwa auf dieser Grundlage bald oder später der Friede zustandekomme wird. Die Türkei ist auf keinen Fall imstande, aus eigener Macht das Land zu behaupten. Wohl aber wird sie Mittel finden, es so darzustellen, als ob sie mit der Behauptung der religiösen Überlegenheit tatsächlich das Land behalte und es nur gegen eine angemessene Entschädigung zu einem kleinen Teile nachgewisse den Italienern überlasse. Ob die eifrigen Mohammedaner des Binnenlandes sich mit dieser Lösung abfinden würden, ist freilich eine andere Frage. Für die Türkei würde ihr Abfall materiell nichts bedeuten, da sie schon heute tatsächlich dort keine Herrschaft ausübt, mehr wohl ideal im Ansehen der Muslime. Aber da der Krieg schon mit Rücksicht auf die Balkanstaaten nicht ewig dauern kann, wird wohl ein Ausweg solcher Art gesucht werden müssen.

Kindergeschichte. Man schreibt uns aus Paris: Seit zwei Jahren beschäftigen sich die Kammer und der Senat mit der Frage der Kindergeschichte. Am 5. April 1910 nahm die Kammer einen Antrag Reichs an, der die Schaffung spezieller Kindergeschichte forderte. Am 7. Juni 1910 hieß der Senat einen ähnlichen Vorschlag des Senatsrats freigegeben. Nach einer langen und sehr interessanten Diskussion gelangte am 9. März 1911 ein Gesetzentwurf, der die Schaffung von Kindergeschichten festlegt, im Senat zur Annahme, der mit einigen Änderungen von der Kammer bestätigt wurde und sich jetzt auf der Rückreise nach dem Senat befindet, wo er sicher bald erledigt werden wird. Kinder unter dreizehn Jahren werden nicht mehr in öffentlichen Schouwergeschichten erscheinen. Die Dreizehn- bis Vierzehnjährigen werden ebenfalls in Spezialkategorien abgeteilt werden, und soweit es möglich ist, von Spezialrichtern. Die Offenheit der Sitzungen wird beschränkt sein und das Gericht kann diese Sitzung der Minderjährigen unter Polizeiaufsicht stellen, die jedoch in keiner Weise das Elternrecht oder die Unverletzlichkeit des Heimes berühren darf. Die ferngehegte Gesetzgebung wird sich also sowohl von der amerikanischen, wie von der baltischen Gesetzgebung unterscheiden. In Amerika können bekanntlich selbst Minderjährige „Kinderrichter“ werden, die in ihren Händen die Rechte des Untersuchungsrichters mit denen des Urteilenden vereinigen. In Belgien hat der Justizminister de Wael schon einen Entwurf eingebracht, der alle Angeklagten unter achtzehn Jahren vor den Kinderrichter stellen will, und zwar nicht nur wenn sich diese Minderjährigen gegen das Strafgesetz vergründen, sondern auch, wenn sie ihren Eltern „erheblichen Anstoß zur Unzufriedenheit gaben“. Der Kinderrichter soll die Möglichkeit haben Polizeiaufsicht bis zum fünfzehnjährigen Lebensalter auszuüben zu können. In Frankreich schließt man keinen völlig neuen Zweig der Rechtsprechung, sondern beschränkt sich auf eine Neueinteilung innerhalb der schon bestehenden.

Neuer Nietenstreik in England? Evening Standard meldet, daß für das nun beginnende Frühjahr ein Ausstand der Dockarbeiter und der verwandten Industrien geplant sei, der an Umfang alle bisher dagewesenen Streiks in England übersteigen soll. Verhandlungen darüber schweben in allen Arbeiter-Unionen bereits seit dem vergangenen Herbst.

Die italienische Flotte vor Smyrna. Nach hier eingegangenen Meldungen soll die italienische Flotte vor Smyrna eingetroffen sein; man befürchtet ein Bombardement. Die türkischen Behörden erbieten sich, die Archive der Botschaften ins Innere zu befördern. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, sich bereitzustellen, um sich auf ersten Alarm hin von der Küste zurückzuziehen.

Beschleunigung der türkischen Wahlen. Die türkischen Parlamentswahlen, die erst Mitte April beendet sein sollten, werden so beschleunigt, daß sie schon am 25. März beendet sein können. Man erkennt hierin ein Anzeichen dafür, daß die Pforte die innerpolitischen Verhältnisse rascher geordnet haben will, um in Unterredungen über Einstellung der Feindseligkeiten mit Italien einzutreten.

Die mexikanische Rebellion. Meldungen aus Chihuahua besagen, daß während eines Kampfes mit den Rebellen die mexikanischen Regierungstruppen den Rebellenführer Pancoilla gefangen und standrechtlich erschossen hätten. Der Genannte hatte bekannt, er werde den General Rosco hinhängen lassen, wenn er in seine Hände fiele.

Parteiangelegenheiten.

Sofa nicht unfruchtlich. Der verantwortliche Redakteur des Bochumer „Volkstblattes“ wurde seinerzeit zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er in Jotas Roman „Arbeit“ auch die Szene abgedruckt hatte, in der die Vergewaltigung der Bernabe durch Kavu dargestellt wird. Auf eingelegte Revision verurteilte das Reichsgericht die Sache an die Bochumer Strafkammer zurück, die am Freitag auf Freisprechung erkannte.

Arbeiterbewegung.

Nach dem Streik auf der Schichau-Werft. Die Organe des Gewerkschafts der Dirsch-Dunderschen Richtung, der „Renovator“ und der „Gewerksverein“, regen sich darüber auf, daß in den Berichten über den Abbruch des Streiks bei der Firma Schichau, Langzig und Elbing, die Mitteilung enthalten war, daß die Gewerksvereine den weitaus größten Teil der Streikbrecher gestellt haben. Der „Vorwärts“ wird deswegen besonders angegriffen. Es sei nur schlechte Gewerkschaftsorganisation die Ursache des Streikbruchs. Das letztere trifft zu. Man muß aber doch, wenn man das in der Offenlichkeit betont, auch sagen, wer diese schlechte Gewerkschaftsarbeit geleistet hat. Zugegeben werden vom Metallarbeiterverband von 720 Beteiligten 40 Streikbrecher, andere freie Gewerkschaften 1042 Beteiligte 213 Streikbrecher, Dirsch-Dunder 927 Beteiligte 392 Streikbrecher, Christliche 351 Beteiligte 9 Streikbrecher.

Da aber bei der Schlussabstimmung nur Streikende Zutritt hatten, von den Dirsch-Dunderschen aber 200 fehlten, sie hatten mangels Streikarten keinen Zutritt, so erhöht sich die Zahl der Streikbrecher für den Gewerksverein auf mindestens 600. Ob man das die weitaus größte Zahl der Streikbrecher nennen kann, überlassen wir dem Urteil der Leser.

Tarifabschluss in der Steinindustrie. Mit dem größten deutschen Blasterindustriellen H. Schall in Strehlen (Schlesien) konnte schon einmal ein umfangreicher Tarifvertrag abgeschlossen werden. Am Abschluß sind 700 Granit-arbeiter interessiert. Vor fünf Jahren führten bei derselben Firma die Arbeiter einen zehnwochenlangen Streik durch, der aber ergebnislos verlief. Damals ließ Schall seine Arbeiter aus den Werkwohnungen evakuieren; hunderte mußten abwandern. Aber seitdem festigte sich der Steinarbeiterverband immer mehr und so war es möglich, jetzt den Tarif zur Anerkennung zu bringen. Der Abschluß des Schall wird zur Folge haben, daß sich nun die übrigen Granitwerksbesitzer etwas tarifständischer verhalten müssen.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Oetzel. — Redaktion und Expedition: Neue Wuppertaler 7. — Verlag der „Volkswacht“, G. m. b. H. — Druck von H. Schacht, G. m. b. H. — sämtlich in Düsseldorf. — Preis 3 Pfennige.

Saal-Restaurant und Café

„Zum Lessing“, Adalbertstr. 10. [2418]
Saal mit Theaterbühne für Vereine und Hochzeiten gratis.

Reste

zu Konfirmanden-Anzügen,
Herren-Anzügen, Seidenkleidern,
zu Konfirmanden-Kleidern,
Damen-Kleidern, Blusen, Röcken,
größte Auswahl, billigste Preise S. Glogauer, Goldene Waagegasse 18.

„In freien Stunden“.

Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Biennige.

Märzzeitung 1912.

Gedenkblatt an die Revolution von 1848.

Preis 20 Pf.

Volkswacht-Buchh., Breslau, Neue Graupenstr. 5/6.

„Der wahre Jakob“.

Sozialdemokratisches Witzblatt. — Heft 10 Pf.

Eine Vergrößerung 30x36 cm gratis

erhält bei jeder Konfirmande oder Kommunikant
in der Zeit vom 1. März bis 23. April von seiner Aufnahme bei
meinen obigen billigen Kurspreisen.
Keine Wf. 1.80 Sonderpreis, dafür aber tabellöse Bilder.
Aufnahmen auch des Abends bei elektrischem Licht, kein Blinzel.
Täglich ununterbrochen von 8—6 Uhr abends und Sonntags den
ganzen Tag bis 6 Uhr ununterbrochen geöffnet.

Photographie Mandel

Illustriertes Geschäft. — Inh.: Paul Ulrich. — Tel. 11787.
Henz Caschke, 5. vis-à-vis dem Viktoria-Theater.
Man stellt genau auf Firma und Hausnummer achten.

Erscheint dreimal wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Beuthen O.-S.

Vereins-Brauerei A.-G.

Lebensmittel-Konsum.
Böhm. O., Kirchstr. u. Krusenstr.

Brieg

Alkoholfreie Getränke.
Zentral „Vierde Spezial-Brauerei“.

Arbeiter-Konfektion.
Neumann, M., Reptstr. 1, Str. Krutzel.

Bäckereien und Konditoreien.
Bräunel, Hermann, Reptstr. 18.

Bierbrauereien.
Siegler Stadtbrauerei A.-G.,
Bürgerliches Brauhaus, C. G. m. b. H.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Schmidt, G., Oppelstr. 8, Reparatur-Werk.

Fleischerei u. Wurstfabrik.
Grawlich, Friedrich, Mühlstr. 24.

Fruchtsäfte etc.
Cohn, Josef, Schiffr. 26.

Galanterie- und Spielwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Kubert, Fr., Fingstr. 11, Arbeitergarde.

Wohl, Eugen,
Herrengard, Schuhwaren, Möbel,
Jahreswörter, C., Fingstr. 32.

Holz- u. Kohlenhandlung.
Zeller, Carl, Reptstr. 55.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Hölscher, Franz, Reptstr. 14.

Kaufhäuser.
Ring 30.

Kinematograph.
„Edison“, Regl. Betrieb, entl. Prog.

Kolonialwaren und Lebensmittel.
Gritter, Ernst, Fingstr. 23.

Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
Schl. Born-Bogen, 2. Tabl. Ring 27.

Manufakturwaren.
Sach, Albert, Reptstr. 31.

Möbel- und Sarg-Werkz.
Schumann, Christian, Wagnerstr. 16/17.

Photographisches Atelier.
Dietrich, Alfred, Reptstr. 7.

Schankwirtschaften.
Ruppia, W., Lange Gde., Mühlstr.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Guth, Aug., Fingstr. 13, Rep.-Werk.

Spezial- und Spielwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Uhren und Goldwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Verkaufshandlung.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Dtsch.-Lissa, Stabelwitz.

Bäckereien.
Woll, Adolf, Fingstr. 2.

Bräunel, Hermann, Reptstr. 18.

Bierbrauereien.
Siegler Stadtbrauerei A.-G.,
Bürgerliches Brauhaus, C. G. m. b. H.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Schmidt, G., Oppelstr. 8, Reparatur-Werk.

Fleischerei u. Wurstfabrik.
Grawlich, Friedrich, Mühlstr. 24.

Fruchtsäfte etc.
Cohn, Josef, Schiffr. 26.

Galanterie- und Spielwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Kubert, Fr., Fingstr. 11, Arbeitergarde.

Wohl, Eugen,
Herrengard, Schuhwaren, Möbel,
Jahreswörter, C., Fingstr. 32.

Holz- u. Kohlenhandlung.
Zeller, Carl, Reptstr. 55.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Hölscher, Franz, Reptstr. 14.

Kaufhäuser.
Ring 30.

Kinematograph.
„Edison“, Regl. Betrieb, entl. Prog.

Kolonialwaren und Lebensmittel.
Gritter, Ernst, Fingstr. 23.

Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
Schl. Born-Bogen, 2. Tabl. Ring 27.

Manufakturwaren.
Sach, Albert, Reptstr. 31.

Möbel- und Sarg-Werkz.
Schumann, Christian, Wagnerstr. 16/17.

Photographisches Atelier.
Dietrich, Alfred, Reptstr. 7.

Schankwirtschaften.
Ruppia, W., Lange Gde., Mühlstr.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Guth, Aug., Fingstr. 13, Rep.-Werk.

Spezial- und Spielwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Uhren und Goldwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Verkaufshandlung.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Fleischereien und Wurstfabriken.

Klose, Friedr., Reptstr. 1.

Bierbrauereien.
Siegler Stadtbrauerei A.-G.,
Bürgerliches Brauhaus, C. G. m. b. H.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Schmidt, G., Oppelstr. 8, Reparatur-Werk.

Fleischerei u. Wurstfabrik.
Grawlich, Friedrich, Mühlstr. 24.

Fruchtsäfte etc.
Cohn, Josef, Schiffr. 26.

Galanterie- und Spielwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Kubert, Fr., Fingstr. 11, Arbeitergarde.

Wohl, Eugen,
Herrengard, Schuhwaren, Möbel,
Jahreswörter, C., Fingstr. 32.

Holz- u. Kohlenhandlung.
Zeller, Carl, Reptstr. 55.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Hölscher, Franz, Reptstr. 14.

Kaufhäuser.
Ring 30.

Kinematograph.
„Edison“, Regl. Betrieb, entl. Prog.

Kolonialwaren und Lebensmittel.
Gritter, Ernst, Fingstr. 23.

Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
Schl. Born-Bogen, 2. Tabl. Ring 27.

Manufakturwaren.
Sach, Albert, Reptstr. 31.

Möbel- und Sarg-Werkz.
Schumann, Christian, Wagnerstr. 16/17.

Photographisches Atelier.
Dietrich, Alfred, Reptstr. 7.

Schankwirtschaften.
Ruppia, W., Lange Gde., Mühlstr.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Guth, Aug., Fingstr. 13, Rep.-Werk.

Spezial- und Spielwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Uhren und Goldwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Verkaufshandlung.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Liegnitz

Klose, Friedr., Reptstr. 1.

Bierbrauereien.
Siegler Stadtbrauerei A.-G.,
Bürgerliches Brauhaus, C. G. m. b. H.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Schmidt, G., Oppelstr. 8, Reparatur-Werk.

Fleischerei u. Wurstfabrik.
Grawlich, Friedrich, Mühlstr. 24.

Fruchtsäfte etc.
Cohn, Josef, Schiffr. 26.

Galanterie- und Spielwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Kubert, Fr., Fingstr. 11, Arbeitergarde.

Wohl, Eugen,
Herrengard, Schuhwaren, Möbel,
Jahreswörter, C., Fingstr. 32.

Holz- u. Kohlenhandlung.
Zeller, Carl, Reptstr. 55.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Hölscher, Franz, Reptstr. 14.

Kaufhäuser.
Ring 30.

Kinematograph.
„Edison“, Regl. Betrieb, entl. Prog.

Kolonialwaren und Lebensmittel.
Gritter, Ernst, Fingstr. 23.

Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
Schl. Born-Bogen, 2. Tabl. Ring 27.

Manufakturwaren.
Sach, Albert, Reptstr. 31.

Möbel- und Sarg-Werkz.
Schumann, Christian, Wagnerstr. 16/17.

Photographisches Atelier.
Dietrich, Alfred, Reptstr. 7.

Schankwirtschaften.
Ruppia, W., Lange Gde., Mühlstr.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Guth, Aug., Fingstr. 13, Rep.-Werk.

Spezial- und Spielwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Uhren und Goldwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Verkaufshandlung.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Göbel, H., Wagnerstr. 2.

Zigar

Die internationale Bewegung der Bergarbeiter.

Die Verhandlungen zwischen den englischen Bergarbeitern und den Vertretern der Unternehmer wurden Freitagabend als ergebnislos abgebrochen. Der Premierminister Asquith erklärte darauf, die Regierung werde jetzt eine Minimallohnvorlage für alle Untertagsarbeiter im Parlament einbringen. Die Höhe des Minimallohnes soll von einem Schiedsgericht für jeden einzelnen Distrikt festgelegt werden. Nach der Regierungserklärung sollen die Beschlüsse dieses Schiedsgerichts endgültig sein. Diese Gesetzesvorlage wird im Unterhause wahrscheinlich am Dienstag vorgelegt werden. Nach der Regierungserklärung dürfte sie Zwangsmaßnahmen enthalten, durch die der Arbeitsvertrag im Berggewerbe eine gesetzliche Regelung finden soll. Durch diese Zwangsmaßnahmen würde die Freiheit der Arbeiter im Arbeitsvertrag eingeengt oder überhaupt die Freiheit beider Vertragsschließenden wesentlich beschränkt werden.

Eine Bergarbeiterkonferenz bezüglich der Arbeit nicht annehmen, bis diese Gesetzesvorlage Gesetzeskraft erlangt und bis sie in endgültiger Gestalt vorliegt.

Die Regierungserklärung hat eine kritische Situation in der Politik geschaffen. Die Vorlage wird voraussichtlich heftig umstritten werden. An eine baldige Beendigung des Streiks ist unter diesen Umständen nicht zu denken.

Wirkungen des Streiks.

In der letzten Woche nahmen die 21 größten Eisenbahnen Englands 10.000.000 Mark weniger ein, als in der selben Woche des vergangenen Jahres. Hunderte regelmäßiger Züge laufen nicht mehr. Hunderttausende der Arbeiter anderer Berufe sind arbeitslos. In den Industriebezirken hat der Hunger seiner Einzigartigkeit; man sammelt Gelder, um der Not abzuwehren und unternimmt Notstandsarbeiten.

Die britische Flotte soll nach einer Entscheidung des russischen Marineministers in Zukunft Kohlen und Holz in dem eigenen Lande verbrauchen. Dem Minenschrift zu Donk wurde eine Order von 8 Millionen Rubel übergeben. Dieses wichtige Kohlengeschäft ist England nun entgangen. Die Mannschaften auf den Schiffebampfern des Tyne haben die Arbeit einstellen müssen, mit ihnen laufende von Kohlenverladern aller Art. In Shields, wo ungefähr 4000 Menschen durch den Kohlenhandel ihren Lebensunterhalt haben, werden die Geschäfte schon früh am Tage wieder geschlossen. Die Stadt ist wie ausgestorben. Am Clyde wurden am Sonntag die Schiffswerften geschlossen. Der Handel auf dem Damer ist durch den Streik hart betroffen worden. In den dortigen Häfen sind, wie schon und Google liegen zusammen über 10 Dampfer und 60 Fischdampfer, wodurch 700 Mann beschäftigungslos sind. Nach und nach wird sich diese Zahl auf 15.000 erhöhen. Nach Bericht soll die Donab Main Colliery Comp. noch 200.000 Tons Kohlen bereit und der Schiffsahrt zur Verfügung gestellt haben, natürlich nur gegen 30 Sh. pro Tons, während der gewöhnliche Preis zwischen 10 und 15 Sh. schwankt. Auch die Donab Colliery rückt jetzt mit ihren Vorräten auf den Markt. Nun die Preise für Kohlen eine Höhe wie nie zuvor erreicht haben, beginnen die „armen“ Bergwerksbesitzer aus ihren Kohlenvorräten Gold zu schmelzen.

Streik in Sachsen.

Im Zugau-Deutscher Revier hatten die Bergarbeiterauschüsse sich an das Bergamt in Freiberg um Vermittlung gewandt. Die Vermittlungsverhandlungen sollten am Sonntagabend nachmittag stattfinden. Die Bergherren haben jedoch den Vermittlungsbeamten erklärt, sie ließen sich auf keine Verhandlungen ein. Daraufhin hat dann am selben Abend die Revierkonferenz der Bergarbeiter gegen eine Stimme beschlossen, am Montag nicht mehr anzufahren. In Zugau sind bereits Gendarmen konzentriert.

Die Zwickauer Bergleute haben das letzte Mittel zu einer friedlichen Verständigung versucht und auf das Ersuchen

der Regierung durch ihren Bevollmächtigten beim Bergamt eine Vermittlung beantragt. Das Bergamt hat jedoch abgelehnt, dem Ersuchen näher zu treten und hat am Sonntagabend früh geantwortet, die beteiligten Arbeiterauschüsse sollten sich selbst an das Bergamt wenden, wenn sie Wünsche hätten. Dazu war keine Zeit mehr, die Arbeiter drängten auf eine Entscheidung. Nachdem bekannt geworden war, daß die Zugauer Bergherren eine Vermittlung abgelehnt haben, wäre es auch für das Zwickauer Revier zwecklos gewesen, weitere Verhandlungen nachzusuchen.

Am Sonntag vormittag sind daraufhin die Revier-Vertrauensleute aller Zwickauer Gruben zusammengetreten, um über den letzten Schritt zu beraten. Von 91 anwesenden Vertrauensleuten haben 89 für den Eintritt in den Streik gestimmt. Daraufhin wurde folgende Resolution angenommen, die auch schon im Zugauer Revier Annahme gefunden hatte:

„Die am 15. März tagende Konferenz der Delegierten der Bergarbeiter im Zwickauer Revier, in der alle Gruben vertreten waren, nimmt Kenntnis von den ergebnislosen Verhandlungen zwischen den Arbeiterauschüssen und den Bergbesitzern und Bergverwaltungen. Die Konferenz ist einstimmig der Ansicht, daß es nun keinen anderen Weg mehr gibt, als die von den Bergbesitzern abgeschlossenen Forderungen mit aller Macht zu verteidigen, was nur durch das gesetzliche Mittel des Streiks geschehen kann. Selbst wenn einige Werke bewilligen sollten, so muß jede Bergschicht den Kampf so lange fortsetzen, bis eine weitere Revierkonferenz darüber Beschluß faßt. Die Konferenz fordert alle Kameraden auf, jetzt die günstige Zeit auszunutzen und den Streik mit aller Kraft und unter Aufrechterhaltung musterhafter Ordnung zu Ende zu führen. Die Konferenz verlangt von allen Kameraden, strengste Disziplin zu halten. Hoch die Bergarbeiterbewegung! Hoch die Solidarität!“

Am Sonntag nachmittag fanden im Zwickauer Revier fünf große öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen statt. In den Versammlungen waren über 7000 Bergleute anwesend, die einstimmig den Beschluß der Vertrauensleute gutheießen und die Resolution einstimmig annahmen. Die Versammlungen verliefen in der denkbar besten Stimmung und in vollkommener Ruhe und Ordnung.

Von heute ab steht also das ganze weisachtsche Kohlenrevier im Streik.

Ablehnung der Bergarbeiterforderungen in Böhmen.

Brüg, 16. März. Im Brüxer Braunkohlenrevier haben die Bergwerksbesitzer die Arbeiterforderungen abgelehnt. Streik ist wahrscheinlich.

Streik in Frankreich?

Paris, 17. März. Wie aus Toul berichtet wird, hat der Bergarbeiterverband des Nordens an alle Bezirksgruppen ein Rundschreiben gerichtet, worin diese daran erinnert werden, daß jede Gruppe sich über den Generalstreik zu äußern habe. Die Antworten sind bereits größtenteils eingegangen und der Verband teilt mit, daß die Mehrzahl der Bergleute die Ansicht vertritt, sich den wichtigen Beschlüssen des Kongresses in Angers zu unterwerfen und einen günstigen Augenblick abzuwarten, um eine nationale Bewegung einzuleiten.

Geschichtskalender.

19. März.

- 1732 Wilhelm von Biela, Entdecker von drei Kometen, in Moskau.
- 1815 Der englische Afrikareisende David Livingstone in Blantyre.
- 1853 Der Lustspieldichter Paul v. Schönthan in Wien.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt.

Am Sonntag wurde im „Goldenen Zepfel“ eine außerordentliche Generalversammlung abgehalten, die sehr gut besucht war.

Zuerst gab der Kassierer die Abrechnung über das erste Halbjahr 1911/12 und über die Kosten der Reichstagswahl. Diese Abrechnungen lagen den Vertretern gedruckt vor. Zu erwähnen ist daraus folgendes: Alter Kasseeinstand am 30. Juni 1911 1107,68 Mk. Einnahme durch Marken, Eintrittsgeld usw. 6064,42 Mk. Die Ausgaben betrugen bis zum 31. Dezember 1911 5382,05 Mk., so daß ein Kasseeinstand von 1190,05 Mark vorhanden ist.

Der Reichstagswahlkampf hat im Wahlkreise Breslau (Land)-Neumarkt eine Ausgabe von 18.909,27 Mk. verursacht, denen eine Einnahme von 19.032,67 Mk. gegenübersteht. Mithin bleiben als Grundstock zu neuen Kämpfen 123,40 Mk. Es wird Ehrensache der Genossen im Landkreise sein, für das nötige Pulver zu sorgen, damit wir gerüstet dastehen, falls der jetzige Reichstag in die Luft fliegt. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die Wahl des Parteisekretärs für den Landkreis vorgenommen. Von den 8 eingegangenen Bewerbungen waren 5 zur engeren Wahl gestellt. Bei der Abstimmung, die geheim war, erhielten Genosse Klose, Groß-Moschorn, 3 Stimmen, Genosse Schels, Bunzlau, 4 Stimmen und Genosse Srowig, Ariebern, 91 Stimmen. Genosse Srowig dankte für das Vertrauen und bat die anwesenden Genossen um allseitige Unterstützung.

Bei der Aufstellung eines Reichstagskandidaten wurde Genosse Scholich einstimmig wiedergewählt, was beweist, daß er das volle Vertrauen der Genossen im Landkreise besitzt.

Für den Bezirksrat, der Sonntag, den 24. März im Gewerkschaftshause abgehalten wird, wurden die Genossen Meyer in Böpelwitz, Klose in Groß-Moschorn, Sprigade in Maltsch und Genossin Bloch in Böpelwitz delegiert.

Ueber die Maifest sprach Genosse Scholich und gab die bisherigen Vorarbeiten bekannt. Sonntag, den 5. Mai soll in Klein-Gandau ein Maifest abgehalten werden, während für den Kreis Neumarkt das Maifest an denselben Tage in Neumarkt veranstaltet wird.

Nachdem einige interne Angelegenheiten erledigt wurden, schloß Genosse Scholich die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die Feinde der Sonntagsruhe

Im Handelsgewerbe sind wieder an der Arbeit. Dieser Tage hat der Ausschuß des Breslauer Kaufmannsgerichts mit geringer Mehrheit ein Gutachten für die völlige Sonntagsruhe abgegeben. Ein Teil der Arbeitgeber ist darüber sehr aufgeregt und hat als „Vereinigung der Kaufmannsrichter (Kaufleute)“ gegen den Beschluß des Ausschusses beim Regierungspräsidenten Beschwerde eingelegt. Die guten Leute wissen gegen die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe nichts Rechtes vorzubringen. Sie müssen selbst zugeben, daß die Sache das kaufmännische Dienstverhältnis angeht; trotzdem sind diese Kaufleute der sonderbaren Ansicht, daß der Ausschuß in diesem Falle kein Recht hatte, sich mit dem Antrag auf völlige Sonntagsruhe zu beschäftigen, weil er „unzulässig“ war.

Außerdem haben es aber die Beschwerdeführer auf das Abstimnungsverfahren im Ausschuß des Kaufmannsgerichts abgesehen. Es sei erforderlich, getrennt nach Arbeitgeber und Handlungsgehilfen abzustimmen und ein Gutachten nur dann als abgegeben zu betrachten, wenn sich die Mehrheit beider Gruppen dafür entschieden hat. Wie man daraus ersieht, haben die Herren von den Feinden der Selbstverwaltung in den Krankenkassen etwas gelernt. Der Ausschuß soll nicht mehr als Ganzes entscheiden ohne Rücksicht

Aus aller Welt.

Unschuldig verurteilt. Vor sechs Jahren ist in Samboor in Westgalizien der Gutsherr Walter Eisner unter dem Verdachte des Kindesmordes verhaftet worden und da keine Geliebte die Mutter des ermordeten Kindes, ihn mit Verantwortung als den Mörder bezeichnete, nach durchgeführter Verhandlung zum Tode verurteilt worden. Das Urteil wurde höherer Orts bestätigt und sollte vollstreckt werden, doch fiel dem Gefängnisdirektor das Benehmen in der Zelle und die feste Unschuldspetition des Eisner auf und er führte es durch, daß die Strafe in zwanzig Jahre Zuchthaus umgewandelt wurde. Außer diesem Beamten war auch der Gendarmenwachmeister von der Unschuld des Eisner überzeugt und er führte auf eigene Faust eine weitere Untersuchung. Aus dem Benehmen der Geliebten des Verurteilten, Vencarski, die diesen des Mordes bezichtigt hatte und noch fortwährend bezichtigte, schloß er, daß nur diese selbst die Mörderin des unehelichen Kindes sein konnte. Er sagte ihr daher den Mord auf den Kopf, die sie ein Geständnis ablegte. Darnach hätte sie mit ihrem früheren Geliebten, namens Sobel, das kleine Kind getötet und stellte es dann so an, als ob Eisner die Tat begangen hätte. Nun wurde die Vencarski und Sobel verhaftet, und Eisner, der sechs Jahre unschuldig im Zuchthause schmachtete, auf freien Fuß gesetzt.

Der Berliner Witzbold auf Reisen. In einem kleinen Flecken in der Nähe von Wilsbiburg im bayerischen Regierungsbezirk Niederbayern hing am dem Korridor eines alten Hauses ein unscheinbares Bild. Als nun einmal ein Berliner Reisender in das kleine Nest verschlagen wurde, meinte er zu den Leuten, das Bild werde sicher einen hohen Wert haben, man möge es zur Abschätzung nach Berlin senden; er gab auch gleich die Adresse eines angeblich sehr instruierten Kunsthändlers an. Der Rat wurde befolgt und das Bild wanderte nach Berlin. Nach einigen Tagen kam es zurück mit dem Vermerk des Kunsthändlers, daß es unter Brüdern keine 350.000 Mark wert sei. Nun entstand zwischen den beiden Parteien, die das Haus bewohnten, ein Streit, wem das kostbare Bild eigentlich gehöre. Die eine Partei brachte den ganzen Flecken auf ihre Seite, denn sie versprach, im Falle des Obfiegens in dem Reichsrevier der Gemeinde 50.000 Mark zu stiften und ein großes Freudenfest zu veranstalten. Da eine gütliche Einigung nicht erzielt werden konnte, suchten beide Parteien Rechts an die auf und vertrauten sie mit der Führung des Bildes. Die Herren Rechtsanwölfe waren aber vorsichtig. Sie ließen sich das Bild ausbilden und

schickten es zunächst einmal an einen ihnen persönlich bekannten Kunsthändler in München. Auch diesmal kam das Bild prompt zurück, aber mit der niederdrückenden Mitteilung, daß es höchstens 30 Mark wert sei. Der Berliner Reisende hatte sich im Verein mit einem Berliner Bekannten einen Scherz angeleitet. Dafür darf er sich in seinem Leben nicht mehr am Schaulplatz seines Witzes bliden lassen.

Ein ausdauernder Schulkwänger. Daß ein Junge vier Jahre lang die Schule schwänzt, ohne daß die Lehrer oder Eltern dahinterkommen, sollte man kaum für möglich halten, und doch hat sich dieser Fall in Dortmund und zugetragen. Bis zu seinem 9. Lebensjahre besuchte der jetzt 13 Jahre alte Schüler Erich Steiner, Sohn eines Bergmanns, die Melanchthonschule und als seine Eltern im Jahre 1908 in einen anderen Stadtteil übersiedelten, wurde er der Krimschule überwiesen. Durch irgend ein Versehen muß der Name des Angeklagten aber aus den Schulleisten verschwunden sein und das machte sich der Junge zunutze, indem er seit dieser Zeit die Schule schwänzte. Jeden Morgen ließ er sich von seiner Mutter sein Schultäfelchen packen und mit einer ordentlichen Frühstückstasse ausgerüstet, begab er sich angeblich auf den Weg zur Schule. Statt aber zur Schule zu gehen, trieb er sich auf den Wochenmärkten umher, wo er sich durch allerhand Votengänge usw. einige Groschen verdiente. Jetzt erst, nach 4 Jahren, kamen die Eltern hinter dieses Doppelleben ihres Sprößlings, und der Vater brachte ihn sofort zur Schule, die der Junge nun wohl etwas länger als bis zu seinem 14. Lebensjahre wird besuchen müssen.

Studentenunruhen. An der Moskauer Universität sind wegen Unruhen mehrere Hundert Studenten verhaftet worden. Die Universität wurde geschlossen.

Ein deutscher Kaufmann in Saloniki verschwunden. Der für die Firma Dyckerhoff und Widmann in Saloniki tätige Kaufmann Karl Bedel aus Wiesbaden ist seit dem 8. März spurlos verschwunden. Die Nachforschungen sind bisher erfolglos geblieben.

Strandung eines Hamburger Dampfers. Der Dampfer „Hafenfels“ der Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft Pania ist auf der Reise Rangoon-Hamburg bei Ceuta im Sturm aufgelaufen und total verloren. Der erste Offizier und ein Passagier von der Besatzung sind ertrunken. Die übrige Besatzung wurde gerettet.

Program. Der „Gazetta Poranna“ wird aus Kisten gemeldet, daß dort vergangene Nacht aus Rußland eingewanderte Poligen im Judenrevier einen förmlichen Program infiziert hätten. Zahlreiche jüdische Kaufleute wurden zuerst und aevlindert, die Besitzer, die sich zur Wehr setzten, wurden

niedergeschlagen. Polizei und Gendarmerie die einschritt mußte von der Waffe Gebrauch machen. Bei den Kämpfen gab es über 200 Verwundete. Zahlreiche Verhaftungen sind erfolgt.

Schülerstreik. Wegen Ausschließung eines Schülers sind die übrigen Zöglinge des Gymnasiums in Cerajewo in Streik getreten. Sie veranstalteten im Schulgebäude solche Standalagen, daß die Polizei einschreiten mußte.

Die Schiffskatastrophe im Kanal. Eine schwere Schiffskatastrophe ereignete sich im Kanal auf der Höhe von Eastbourne. Der alte 6610-Tonnen-Dampfer der Peninsular und Oriental Steam Navigation Line „Oceana“ war mit dem deutschen stählerne Viermaster „Pisagua“ von 2862 Tonnen Displacement zusammengestoßen. Der „Oceana“ erhielt ein riesiges Loch, so groß, daß ein Autobus hätte durchfahren können, wie einer der Geretteten erklärte, und begann sofort zu sinken. Daß sie verloren war, daran konnte vom ersten Augenblick kein Zweifel sein. Auf die Rettungsboote kamen sofort von Newhaven und Eastbourne Rettungsboote und Rähne herbei; der Paketdampfer „Suffey“ war ebenfalls zur Stelle. Den Passagieren brauchte, wie eine der geretteten Damen erklärte, nicht mehr erzählt zu werden, daß ein Unglück geschehen und Gefahr vorhanden sei. Sie waren durch einen heftigen Stoß und ein furchtbares Krachen aus dem Schlafe geweckt worden und stürzten, ohne sich viel zu besinnen, auf Deck. Die Offiziere und die Mannschaften benahmen sich namentlich bei der Ausschiffung der Passagiere in die Boote musterhaft. Nur die indischen Decker sollen sich unbotmäßig betragen haben. Der Paketdampfer „Suffey“ nahm 210 Passagiere und Matrosen an Bord, mit denen er in Newhaven anlangte. Andere Passagiere wurden von den Rettungsbooten und den Schleppern in Sicherheit gebracht. Einer der Boote kenterte und sieben Passagiere sollen ertrunken sein, meist Frauen und Kinder. Bald nachdem alle Leute von Bord waren, sank die „Oceana“. Aus den Schottersteg plötzlich noch eine Rauchfäule empor, die anzeigte, daß unter Wasser noch eine Explosion erfolgt war. Die „Oceana“ die Zilburg verlassen hatte, um ihre überhaup die Fahrt nach Bombay anzunehmen, hatte 540.000 Pfund Sterling in Gold und 194.000 Pfund Sterling in Silber an Bord, die versichert sind. Gegen Mittag kamen dreißig Passagiere auf dem Londoner Bahnhof Victoria an. Sie trugen alle in ihren Mänteln und hatten Schals und Bettlaken darüber geworfen. Sie haben alles verloren, was sie an Bord hatten.

Wie uns noch von anderer Seite aus London berichtet wird, kam ein französisches Fischereiboot in Newhaven mit

Der Mieter. Wohnungsvermieterin: „Den letzten
eier habe ich allerdings rausgeschmissen, weil er vier Monate
keine Miete bezahlte.“ — Stuben: „Zut nichts, unter der Be-
gung nehme ich das Zimmer auch.“
(Aus „Meerendorfer-Blätter“.)

(Zus. Treppenbohrer-Bohrer.)

Heute abend: März-Versammlung

im Gewerkschaftshause.

Für den Neubau des Gewerkschaftshauses

sind bisher 62.500 Mark gezeichnet; unter den letzten Zeichnern befindet sich die Arbeiterkammervereinigung für Breslau und Umgebung 100 Mark (2. Rate), der Distrikt 12 des Sozialdemokratischen Vereins 20 Mark, der Döwitzer Gefangenenverein „Durch Kampf zum Sieg“ 40 Mark (2. Rate). Weitere Beiträge sind jeden Tag willkommen.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. Die Vorträge, die erledigt werden sollen, haben sich in den letzten Wochen immer mehr angehäuft, so daß die Tagesordnung der Sitzung am nächsten Donnerstag außerordentlich umfangreich ist. Besonders sind es die Etats der einzelnen Verwaltungen, die einen breiten Raum einnehmen. Dazu kommen fast zwei Tausend neue Vorlagen, aus denen wir das Wichtigste an anderer Stelle mitteilen.

Ausbau der Gasanstalt in Düren. Die Gasanstalt IV in Düren ist beinahe an ihrer größten Leistungsfähigkeit angelangt. Vor Lieferung des höchsten Bedarfs 1913/14, also vor Mitte Dezember, müssen Erweiterungsarbeiten vorhanden sein. Das ist nur möglich, wenn der Ausbau der Gasanstalt in diesem Frühjahr begonnen und mit aller Eile beendet wird. Der Umfang des Stadtratsbeschlusses liegt vor: 1. ein Ofen mit 24 Röhren und einer Durchschnittsleistung von je 7500 Kubikmeter, d. h. zusammen 180.000 Tages-Kubikmeter, 2. ein Kesselhaus mit 2 Abteilungen von je 180.000 Kubikmeter Tagesleistung, davon ist das eine für den dauernden Kesselbetrieb, das andere als Reserve bestimmt, 3. ein Reinigerhaus, 4. eine Kohlen- und Koksauflagerungsanlage mit Lagerflächen und 5. eine Erweiterung der Rohrleitungen, Ent- und Bewässerungs-, sowie der Elektrizitätsanlage.

Die Kosten des Ausbaues der Gasanstalt IV sind vom Magistrat auf 4.265.000 Mk. veranschlagt.

Städtische Grundstücksverkäufe. Zum Ausbau der Elbinger Allee braucht der Magistrat ein 72 Quadratmeter großes Grundstück am Volpert in Elbinger Allee. Es wird vorgeschlagen, dieses Grundstück für 2982 Mk. zu kaufen. Einmal 20 Personen Wiesenflächen in Gräben, die westlich vom Friedhof liegen und sich vorzüglich zur Erweiterung des Friedhofes eignen, sollen für 37.751,80 Mk. angekauft werden. Ein Ackeran der Landes (25 3/4 Quadratmeter) kostet 2000 Mk., der Quadratmeter 78 Btg. Ein Grundstück östlich des Friedhofes an St. Maria Magdalena und zwei Grundstücke südlich der Umgehungsbahn, die eine Erweiterung des Friedhofes zulassen, sind dem Magistrat für zusammen 69.727 Mk. zum Kauf angetragen worden. Zur Durchlegung der städtischen Grundstücke (Springerstraße) zwischen Neue Schweidnitzerstraße und Mendorfstraße, beantragt der Magistrat den Verkauf von zwei Grundstücken für 35.000 Mk. Gegen den Hinterlassenen von Hühner in Buchenau beantragt der Magistrat das Enteignungsverfahren, da er sein Grundstück in der Schweidnitzer Vorstadt nicht verkaufen will.

Keine Uhr auf dem Turm der Elisabethkirche. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Magistrat unter dem 29. Dezember 1911 ersucht, das Anhängen der Stunden auf dem Turm der Elisabethkirche, das einige hundert Jahre bestanden hatte, durch eine Turmuhr wieder herzustellen.

Der Magistrat hat trotz der von der Aufstellung eines Schlagwerkes oder einer Turmuhr auf dem Turm der Pfarrkirche zu St. Elisabeth abgesehen, dagegen auf der Bedarfsanstellung an der Nordseite des Ringes eine elektrische Normalkuhr mit vier durchscheinenden Zifferblättern anzubringen. Diese Uhr kostet 3150 Mark.

Neuer Wagen für die städtische Elektrische. Bei der Beschaffung des Betriebes der inneren Breslauer Straßenbahn-Gesellschaft mit der städtischen Straßenbahn ist ein einzelner Wagenmangel eingetreten. Der Magistrat beantragt deshalb jetzt bei der Stadtverordneten-Versammlung für die städtische Straßenbahn 20 Motor- und 40 Anhängerwagen zu beschaffen und die Kosten im ungefähren Betrage von 526.200 Mk. mit 160.200 Mk. aus der Anleihe von 1909 und mit 366.000 Mk. aus den Mitteln der Straßenbahn zu bewilligen.

Von einer Doppelturnhalle. Der Magistrat schlägt der Stadtverordnetenversammlung vor, auf dem städtischen Grundstück an der Steinstraße östlich der Vohrauerstraße eine Doppelturnhalle für Volksschüler zu bauen. Die Kosten mit der Einrichtung sind auf 88.000 Mark veranschlagt.

Verlegung von Polizeireviere. Die Diensträume der nachfolgend aufgeführten Polizeireviere werden wie folgt verlegt: Revier 2 am 16. d. Mts. nach Sandstraße 12, Revier 14 am 25. d. Mts. nach Palmstraße 14 und Revier 9 am 30. d. Mts. nach Koberstraße 23.

Beisch der Fortbildungsschule. Die Gewerbetreibenden werden vom Polizeipräsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß sie gleichzeitig verpflichtet sind, ihren Arbeitern unter 18 Jahren, die eine von der Gemeinde oder vom Staate als Fortbildungsschule anerkannte Unterrichtsanstalt besuchen, hierzu die nötige Zeit zu gewähren, ohne daß es einer besonderen Auforderung der Behörde bedarf.

Steinarbeiter. Dienstag, den 19. März, abends 7 1/2 Uhr: Versammlung im Billardzimmer des Gewerkschaftshauses.

Achtung, Bauanschläger! Morgen, Dienstag, den 19. März, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Zimmer 1: Allgemeine Bauanschläger-Versammlung. Da Tarifangelegenheiten besprochen werden, muß unbedingt jeder Kollege erscheinen. Die Mitteilungsblätter sind mitzubringen. Die Branchenleitung.

Genossenschaft der Schmiede. Die für Mittwoch, den 20. März, anberaumte Mitglieder-Versammlung fällt aus. Die Mitglieder werden ersucht, an der öffentlichen Versammlung teilzunehmen, die am gleichen Tage im Gewerkschaftshause abgehalten wird.

Achtung, Böttcher! Donnerstag, den 21. März, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant zum „Roten Löwen“, Kupferstraße: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung, zu der auch alle unorganisierten Kollegen eingeladen sind. Die Tagesordnung ist sehr wichtig und wird in der Versammlung bekannt gemacht. Zahlreicher Besuch ist erforderlich.

Die Ortsverwaltung.

Das vierte Volkskonzert des Breslauer Orchesters. Dieses wird heute abend im großen Saale des Schillertheaters veranstaltet. Nach der das Konzert einleitenden Symphonie von Beethoven kommt ein Teil des sehr interessanten Konzerts für Klavier und Orchester, vorgetragen von Frau R. Witt und Herrn Schirmer, zur Aufführung; es ist das die einzige Komposition für Klavier und Orchester. Außerdem seien aus dem Programm hervorgehoben: Violoncello, Suite von Bizet, Walzer von Strauss, die Suite von Wagner und Rosen aus dem Süden von Joh. Strauss. Die Leitung des Konzerts liegt in den Händen von Hermann Behr. Der Eintritt kostet 80 Pf.

Auf zum Frauenabend!

Der neunte Frauenabend des Sozialdemokratischen Vereins wird Donnerstag, den 21. März, abgehalten werden. Nähere Bekanntmachungen folgen.

Ueber Jotho und Traub zur Kirche hinaus. Dieses zeitgemäße Thema wird Herr Prediger Thierich nächsten Sonntag, den 23. März, abends 8 1/2 Uhr, im großen Konzertsaale behandeln. Vorverkauf der Karten wie gewöhnlich, bei V. Bach im Fortschritt, bei Fringsheim. Näheres löst durch Inserate und Plakate.

Freiwilliger und die hiesige Ortsgruppe des deutschen Freiwilligenbundes. Diese Ortsgruppe, die am Dienstag, den 19. März, in der Kloppepassage, Reichstraße, eine Mitglieder-Versammlung ab, in der nachstehende Vorträge zum Bundeskongreß, der Pfingsten 1912 in Nürnberg tagt, beraten werden sollen: 1. Unterrichtsfür die Disidentenfürer. 2. Propagandaflugblätter zum Austritt aus der Landeswehr. 3. Bittige Hilfsleistungen zum 10 Pfennig-Verkauf, zum Beispiel: Wie Eltern die Kinder in der letzten Phase aufziehen. Das Verhältnis zwischen Eltern, Kindern und Lehrer. Gäste sind in der Versammlung willkommen.

Die Ortsverwaltung.

Zwei Protest-Versammlungen

werden in diesen Tagen abgehalten. Dienstag, den 19. März, abends 8 Uhr, wird im großen Saale des „Kronprinzen“, Westendstraße 50/52 eine öffentliche Versammlung gegen die Ausnahme-Verordnung der Konsumvereine abgehalten. Mittwoch abend im Gewerkschaftshause handelt es sich um eine Kundgebung gegen die Rentenquetscherei der Landesversicherungsanstalt Schlesien, die alljährlich laufenden von armen Männern und Frauen zum Verderben gereicht.

Gewerkschaftler, Genossenschaftler, Parteigenossen! Es sind hochwichtige Fragen, über die in beiden Versammlungen verhandelt werden soll. Sorgt darum für Massenbesuch!

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Arbeiter-Athleten! Eine öffentliche Sportsinteressenten-Versammlung, zu der alle Freunde eines gesunden, planmäßig betriebenen Sports eingeladen sind, wird Dienstag, den 19. März, abends 8 Uhr, im Restaurant „Schwarzer Paul“, Paulstraße 42 abgehalten.

Strassenreinigung. Wegen Kanalisierung wird die Westendstraße zwischen Frankfurterstraße und Glogauerstraße vom 18. d. M. ab auf 8 Wochen ganz, aus gleichem Grunde der Grünfelder Weg zwischen Kienberg und Aufstellungshallenbau vom 18. d. M. ab auf 6 Wochen halbleitig gesperrt.

Unfall am Bau. Am Neubau des Unternehmers K. Laar, Gallestraße 4, der bis zum ersten Stock gediehen ist, sprang heute vormittag ein Maurer vom Gerüst auf den Erdboden herab und brach dabei ein Bein. Mannschaften der Feuerwehr legten ihm einen Notverband an und brachten ihn in das Wenzel Handliche Krankenhaus.

Selbstmordversuch. Am Montag vormittag kurz vor 7 Uhr schloß sich der Hausbesitzer Adolf Rosinger im Hofe seines Grundstücks Elbingerstraße 18 aus einem Revolver eine Kugel in die rechte Schläfe und stürzte bewußtlos zu Boden. Derbeirufene Sanitäter der Feuerwache auf der Elbingerstraße legten dem Verletzten einen Notverband an und schafften ihn mittels Krankenwagens der Feuerwehr in das Allerheiligen-Hospital.

Wie uns nachträglich noch gemeldet wird, ist Rosinger bald nach der Einlieferung in das Allerheiligen-Hospital gestorben. Unzulängliche Vermögensverhältnisse hatten ihn schon vor einigen Wochen zu einem Selbstmordversuch veranlaßt, dessen Ausführung aber rechtzeitig verhindert werden konnte.

Kurzschluss an einem Schaltkasten. Am Sonnabend abend kurz vor 7 Uhr wurde die Feuerwache nach Sandstraße 5 gerufen. Hier war auf bisher unermittelte Ursache in einem elektrischen Schaltkasten Kurzschluss entstanden; der Strom zerstörte den Schaltkasten fast vollständig, auch eine Anzahl Sicherungen sind durchgebrannt.

Taschenbierbühne bei Begräbnissen. Neuerdings wählen sich Langfinger mit Vorliebe Volksanstellungen bei Begräbnissen zu Diebstahlsgelegenheiten. Am 12. d. Mts. ist bei einem Begräbnis auf der Friedhofstraße eine Frau, die sich in der Zuschauermenge befand, ihr Portemonnaie mit über 6 Mark Geld aus der Tasche gestohlen worden; ebenso ist am 15. einer anderen Frau, die an einer Begräbnis am Hause Mathiasstraße 148 aus teilnahm, ihr Portemonnaie mit über 10 Mk. aus der Tasche entwendet worden.

Einbruch. In das Fleisch- und Wurstgeschäft Andersenstraße 64 ist ein Dieb in der Nacht zu Sonntag mittels Nachschlüssels eingedrungen und hat Fleisch- und Wurstwaren im Werte von über 30 Mk. gestohlen.

Gestohlen wurden 2 Walschaffler, ein goldenes Kettenarmband, neun Kleider, zwei Portemonnaies mit Inhalt, zwei Entschlüssel, ein Zamen- und ein Rinderkühn, zwei Regenschirme, ein Spazierstock, ein goldener Siegelring, eine goldene Brosche. Zu erfragen im Fundbureau des Polizeipräsidenten.

Neueste Nachrichten.

Zum Vergarbeiter reißt.

Dortmund, 18. März. Im ganzen Ruhrrevier fanden gestern zahlreiche Massenversammlungen streitender Vergarbeiter statt. In Bochum sprachen der Reichstagsabgeordnete Sachse, der für unbedingte Ausbreitung der hauptsächlichen Forderungen eintrat, sowie der Reichstagsabgeordnete Leinert, der die streitenden Vergarbeiter gleichfalls zu entschiedenem Ausmarsch aufforderte. Die Bochumer Versammlung, an der etwa sechshundert Personen teilnahmen, nahm einen durchaus ruhigen Verlauf. Auch sind, soweit bisher bekannt, gestern keinerlei Zwischenfälle vorgekommen.

Bochum, 18. März. Während sich in den meisten streitenden Versammlungen die Redner mit dem Verhalten der Christlichen Reichstagsabgeordneten, lenkt sie bezüglich der Forderungen des Dreibundes ein und erklärten, wenn auch nur zehn Prozent Lohn-erhöhungen bewilligt würden und nur in zwei anderen wichtigen Fragen Zugeständnisse erfolgten, könnten die Zeichen sofort den Frieden geben.

Dortmund, 18. März. Gestern nachmittag fand eine Versammlung auf der Höhe in Westfalen statt, wobei den Vergarbeitervertretern erklärt wurde, daß die von den Vergleichen verlangten Lohn-erhöhungen von 15 Proz. nicht bewilligt werden könnten. Im Anschluß hieran fand dann in Westfalen eine Versammlung aller Vergarbeiter statt, die sich schließlich nach heftiger Debatte für den Streik erklärte. Dieser soll sofort beginnen und heute früh soll in Westfalen nicht eingefahren werden. Es kommen bei dem Streik ungefähr 2400 Arbeiter in Betracht.

Die Regierung verteidigt sich.

Berlin, 17. März. Das „Wolffsche Bureau“ verbreitet folgende offizielle Erklärung: In mehreren Mätern begehen wir der Ansicht, daß die Befestigung der „Liebesgabe“ im Verhältnis zu den neu aufzubringenden Mitteln nur einen verschwindenden Betrag darstellen würde. Dabei wird als durch neue Steuern aufzubringen eine viel zu hohe Summe, in einzelnen Mätern sogar ein Betrag von 170 bis 180 Millionen, genannt. Wir möchten daran erinnern, daß auch bisher nicht daran gedacht worden ist, die Neuforderungen völlig durch neue Steuern zu decken. Der durch neu aufzubringende Mittel zu bedeckende Betrag reicht auch, nach den früheren Berechnungen, nicht annähernd an die genannte Höhe heran. Die durch Erweiterung der Erbschaftsteuer aufzubringende Summe würde sich nach dem Maßstab der Pläne von 1909 auf etwa fünfzig Millionen belaufen haben. Aus der Befestigung der „Liebesgabe“ würden bis zu vierzig Millionen zu erwarten sein. Der Unterschied ist also keineswegs erheblich. Aufgabe der Ministerpräsidenten war es, sich darüber schlüssig zu werden, welcher Teil der neuen Ausgaben durch Erbschaftsteuer Einnahmequellen zu decken sein würde. Die hohe dieser Summe ist unter völliger Wahrung der bisherigen Grundsätze der Reichsfinanzverwaltung festgestellt worden.

Ämtliche Darstellung des Sevinghauser Vorfalls.

Ämtlich wird jetzt über den Sevinghauser Fall folgendes mitgeteilt: Die beiden getöteten Vergleichen haben unzweifelhaft auf den Gendarmen geschossen. Sie waren vorher in dem Restaurant Dittmann, gegenüber der Zeche Fröhliche Morgenröte, und zeigten dort dem Wirt und dessen Sohn je einen Revolver, weshalb sie aus der Wirtschaft vertrieben wurden. Sie begaben sich dann nach der Chausseestraße 77, wo die Eltern des einen Vergleichen wohnten. Von hier aus wurde auf die Gendarmenpatrouille geschossen, und zwar sowohl mit Schrot als mit Kugeln. Als sich der Gendarm verletzte, feuerte er ebenfalls, worauf aus dem Dunkel heraus mit Schüssen erwidert wurde. Es fand somit ein Wechselfeuer statt. Der Gendarm zählte nach der Richtung, wo er die Schüsse aufblitzen sah. Aus der Richtung der Schüsse — man hat Augen in dem gegenüberliegenden Hause gefunden — hat man zweifelsfrei festgestellt, daß die Schüsse von dem Standort der Getöteten abgegeben wurden. Sie kommen deshalb also als diejenigen in Frage, die auf die Gendarmenpatrouille das Feuer eröffneten. Man hat zwar keine Schusswaffen bei den Toten gefunden, doch hatte einer ein Schutermesser in der Hand.

Von durchaus zuverlässiger Seite ist uns wiederholt berichtet worden, daß beide erschossene Arbeiterwillige sind. Auch Sachse hat das im Reichstag erklärt. Daß Arbeitswillige gegen streikende und friedliche Bürger die Schusswaffen gebrauchten, ist nichts Neues. Daß die dem Staate nützlichen Elemente aber die Waffe auf staatliche Sicherheitsorgane richten, erscheint doch etwas ungewöhnlich. Einen Stich ins Komische erhält diese Tragödie aber dadurch, daß in der ämtlichen Darstellung des Vorfalls gesagt wird, bei den Toten seien keine Schusswaffen gefunden worden, nur einer habe ein Schutermesser in der Hand gehabt. Er muß also damit geschossen haben.

Nach dem Attentat.

Rom, 18. März. Der Dr. der Chemie Nikolaus Tavit, rumänischer oberster Nationalität, wurde gestern unter dem dringenden Verdachte der Anstiftung zum Königsmorde und zum Königs-Attentat verhaftet und sofort in das Untersuchungsgefängnis überführt, wo er auf das allerhöchste und strengste überwacht wird, da man annimmt, daß er noch zahlreiche und einflussreiche Helfer haben dürfte, die ihm zur Flucht beihilflich sein könnten. Nikolaus Tavit kommt aus Genf und hat sich in Rom erst einige Monate aufgehalten. Er soll in Genf an zahlreichen anarchistischen Versammlungen teilgenommen haben. In Rom ist Nikolaus Tavit dauernd seit drei Monaten, während er bereits früher, aber dann nur immer auf einige Tage, in Rom anwesend war.

Ein Marineoffizier verhaftet.

Rom, 18. März. Aus Spezia wird gemeldet, daß die Polizei bei einem höheren Marineoffizier eine Hausdurchsuchung abgehalten habe. Am Schiffe verhaftet wurde der Marineoffizier verhaftet und sofort in das Untersuchungsgefängnis überführt, da die Hausdurchsuchung geradezu erdrückendes Material gegen ihnutage förderte. Der Offizier wird beschuldigt und gilt durch die bei der Hausdurchsuchung beschlagnahmten Papiere für überführt, daß derselbe der türkischen Regierung sehr wichtige militärische Geheimnisse gegen hohes Entgelt verraten habe.

Er fliegt nicht ins Parlament.

Paris, 18. März. Bei der Deputiertenwahl im Departement Vaucluse, bei der der bekannte Sozialist Bedrines kandidierte, ist der Gegenkandidat Bonrail mit 78.090 Stimmen gewählt worden. Der Sozialist Bedrines erhielt im ganzen 69.020 Stimmen. Bedrines ist also mit ca. 7000 Stimmen unterlegen. Die Wahlbeteiligung war sehr stark, der Wahlkampf stelltenweise auf das allerbitterste ausgefochten worden.

Paris, 18. März. Bei der gestrigen Erstwahl in Limoux im Departement Aude, bei der der bekannte Sozialist Bedrines unterlegen ist, kam es nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses zu den heftigsten tumultuösen Kundgebungen der Anhänger Bedrines. Sie brachen in das Prätoriengebäude ein und stießen Droh- und Schimpfworte gegen den Unterpräfekt, sowie gegen den gegnerischen Kandidaten Bonrail aus. Auch vor dem Wahllokal Bonrails kam es zu großen Kundgebungen, die eine derartige Dimension annahmen, daß schließlich zwei Schwadronen Dragoner requiriert werden mußten, um die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Es wurden eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen.

Studentenunruhen in Moskau.

Moskau, 18. März. An der hiesigen Universität sind wegen Unruhen mehrere hundert Studenten verhaftet worden. Die Universität wurde geschlossen.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 18. März.
Märzfeier im großen Saal.
Krauskauf der Gendarmenmacher. Versammlung im Zimmer 1.
Reinhold. Versammlung im Zimmer 2.
Wahltag des Sozialdemokratischen Vereins. Wahlergebnisse von 6 1/2 - 9 1/2 Uhr im Zimmer 7.
Dienstag, den 19. März.
Vergarbeiter-Verband. Versammlung im großen Saal.
Bauanschläger. Versammlung im Zimmer 1.
Steinarbeiter. Versammlung im Zimmer 2.

Deutscher Reichstag.

28. Sitzung, Sonnabend, den 16. März, vormittags 11 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Dr. Delbrück.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort

Abg. **Schäda** (Vot.): Herr Vizepräsident Dr. Baasche hat gestern meinem Freunde Schöner einen Ordnungszettel erteilt und hat hinzugefügt, wir haben den Wortlaut nicht genau verstanden. In Deutschland könne oder müsse jeder deutsch sprechen. Eine solche Äußerung würde vielleicht im Munde eines nationalliberalen Abgeordneten verständlich sein, nicht aber im Munde eines Vizepräsidenten des Reichstags. (Lebhafter Beifall.) Sehr richtig! bei den Polen und Sozialisten. Wir haben nun, um den Wortlaut festzustellen, weil wir das nicht ruhig hinnehmen können, das amtliche Stenogramm abgewartet. Dies ergibt nun, daß Herr Baasche den betreffenden Satz gestrichen hat. (Hört, hört!) Nachdem er sich selbst auf diese Weise fortrisiert hat, halten auch wir die Angelegenheit hiermit für erledigt. (Sehr gut! und Beifall bei den Polen und Sozialisten.)

Hiermit wird die Besprechung der Zentrumsinterpellation über den

Bergarbeiterstreik

fortgesetzt.

Abg. **Giesberts** (Zentr.): Ich will den Nachweis führen, daß dieser Streik gegen alle gewerkschaftlichen Regeln, die in Deutschland üblich sind, durchgeführt worden ist. (Hört, hört! rechts.) Die Zeit, wo der Bergarbeiter den Arbeiterabgeordneten Schiffer hier persönlich angriff, zeigt wie das Salonsozialismus an Wollen in der Partei gewinnt, und alle proletarischen Instinkte verliert. Das zeigt auch das Stimmensbild des „Vorwärts“ über die beiden letzten Sitzungen. Hier wird verächtlich von dem „ehemaligen“ Arbeiter Schiffer gesprochen, einem Manne, der jahrzehntlang keine Familie als Textilarbeiter mit 2,60 Mark ernährt hat, und das schreibt ein Mitglied dieses Hauses, der Abg. Wendel, der mit Arbeiter gemeint ist. (Hört, hört! im Zentrum.) Die Rede Erdmanns wird demgegenüber als der Höhepunkt der Debatte bezeichnet. Wer die Rede gehört hat und die Situation, in der sie gehalten wurde, wird wissen, welche Wahrscheinlichkeit auf dieser Darstellung des Sachverhalts beruht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die heutige Behauptung des Vorwärts, daß der christliche Gewerkeverein seine Entschlüsse nicht aus sich selbst heraus, sondern nach Veranschlagung mit irgend einer anderen Instanz gefaßt habe, ist eine unheimliche Verleumdung. Ebenso ist es eine nichtsnutzige Verleumdung, wenn der Vorwärts mir unterstellt, daß ich in meinem Wahlkreis mit Großindustriellen oder Nationalliberalen vor den Wahlen irgendwie verhandelt habe. Ich werde dies außerhalb des Hauses erörtern, damit der Vorwärts Gelegenheit hat, im Klagenwege die Tatsachen festzustellen. Wenn die christlichen Arbeiter in Bochum gegen den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben, so haben sie das nicht etwa getan aus Freundschaft für die Nationalliberalen, sondern aus ehrlichem Haß gegen den sozialdemokratischen Terrorismus, unter dem sie leiden. (Sehr richtig! im Zentrum. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Der „Vorw.“ leugnet hinten im gewerkschaftlichen Teil den Zusammenhang zwischen Partei und freien Gewerkschaften, vorn aber veröffentlicht er einen gemeinsamen Aufruf der Generalkommission und des Parteivorstandes. (Hört, hört! im Zentrum.) Wir verlangen vor allem, daß die Leute, die ruhig zur Arbeit gehen wollen, nicht bedroht und angegriffen werden. Ich gebe zu, daß die

Sozialdemokraten den guten Willen

haben, die Ruhe aufrecht zu erhalten, aber sie sind eben nicht in der Lage dazu. Ich bin kein Freund der Entfesselung von Mäulern, und ich mißbillige durchaus den allzu frühzeitigen Ruf seitens einzelner Organe. (Hört, hört! b. d. Sozialisten.) Aber wir sitzen hier im Reichstage und müssen uns in die Lage der im Ruhrrevier wohnenden Bürger versetzen. Wir sind von katholischen und evangelischen Geistlichen Briefe zu Hunderten zugegangen, in denen über den Terrorismus der Streikenden geklagt ist. (Abg. Fischer-Verlin (Soz.): Überlassen Sie doch die Dinge den Jüngern.) Gerade wenn Herr Schäfer recht hätte, war Militär im Ruhrrevier notwendig, um die Streikenden gegen die bewaffneten Arbeitswilligen zu schützen. (Weiter im Zentrum, Zuruf bei den Sozialdemokraten: Lächerlich!) Auch an Mangel an Mitteln wird jeder Streik verloren gehen. Die Grubenpapiere sind gestiegen. (Hört, hört! im Zentrum.) Also leere Streiklisten und voll Kassen der Kapitalisten. (Hört, hört! im Zentrum.) Wir haben durchaus keinerlei Vertrauen zu den Wunden- oder Zechenherren. Wenn sie keine Lohn erhöhungen bewilligen, haben wir doch immer volle Entschlußfreiheit. Auch Bebel hat wiederholt betont, daß kein Streik begonnen werden dürfe, der keine Aussicht auf Erfolg hat. (Sehr richtig! bei den Sozialisten.) Der jetzige Streik hat aber keine Aussichten. Seine Folge wird eine noch größere Vertreibung der Bergarbeiter sein. Wir lassen uns einen solchen Streik von Ihnen nicht oktroyieren. (Beifall im Zentrum.) Ihre Absicht ist, den christlichen Gewerkschaftsverein zu desorganisieren, aber wir werden durchhalten. (Bravo! im Zentrum und rechts.)

Abg. Jäcker (nall.):

Nach den Versprechungen der Grubenherren fehlte jede Begründung für den Streik. Den Berufsvereinen muß die Rechtsfähigkeit gegeben werden. Dann werden die Verbände verpflichtet, es können mit ihnen Verträge abgeschlossen werden und Überraschungen zum Schaden des ganzen Wirtschaftslebens werden vermieden. Das von Herrn Schäfer kritisierte

Strafsystem geht in der Tat zu weit.

Das Recht der Bergarbeiter auf Lohnhöhung erkennen wir an. Eine Grundlage zur Verständigung ist erreicht, nachdem Herr Schäfer erklärt hatte, daß man an den 15 Prozent nicht unbedingt festhalte. Das Koalitionsrecht soll unangefastet bleiben. Wir teilen nicht den Wunsch nach Ausnahmegeetzen, wenn wir auch anerkennen, daß jetzt im Streikgebiet ein starker Schutz der Arbeitswilligen nötig ist. Möge der Kampf durch Einigung möglichst bald beendet werden, ehe es Sieger und Besiegte gibt. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Gieseler (Sp.):

Die Debatten spiegeln die Stimmung im Ruhrrevier wider, auch den Haß zwischen den beiden großen Verbänden der Bergarbeiter. Die politische Umklammerung der Gewerkschaften aller Richtungen belege ich auf die beste Weise. Ich werde das Gefühl nicht los, daß ein Zusammenhang zwischen dem englischen und dem deutschen Streik besteht. (Lachen bei den Sozialisten.) Ich frage die Regierung, ob es notwendig war, Militär und aufreizende Maschinengewehre ins Streikgebiet zu entsenden. (Sehr richtig! links.) Die deutsche Gewerkschaftsbewegung sollte dem Beispiel der englischen folgen. Viele hat sich gehalten, von sozialdemokratischen Utopien und ist deshalb von Erfolg zu Erfolg geschritten. Aber auch unsere Staatsmänner sollten nach England sehen, wo Asquith fortgesetzt vermittelt. Ich habe den Eindruck, daß Sie (zu den Sozialisten) für eine verteilte Sache kämpfen, ich sage das nicht triumphierend, denn mein Herz gehört der deutschen Gewerkschaftsbewegung. (Abg. Schäfer: Mit solchen Reden nützen Sie ihr aber nichts.) Gerade die Schatzmacher wünschen, daß dieser Streik fortgeführt wird, bis die Kassen geleert sind. (Abg. Ledebour (Soz.): Sie

fallen ja Ihren eigenen Arbeitern in den Rücken. — Zurum Zentr.: ein sehr vernünftiger Mann! Heiterkeit bei den Sozialisten. Allen Kräften muß die Regierung für eine möglichst schnelle Beilegung des Streiks wirken. (Beifall bei den Liberalen.)

Abg. König (Soz.):

Wenn man von den Reden der Sozialdemokraten und Polen abläßt, die sich mit Entschiedenheit für eine Verbesserung des Loses der Bergarbeiter ausgesprochen haben, hat die dreitägige Debatte für die Bergarbeiter nichts Positives gebracht. Versprechungen und Versprechungen haben die Bergarbeiter gar nicht bekommen, sie wollen jetzt Taten sehen. (Beifall bei den Sozialisten.) Noch bei jedem Streik hat man ihnen gesagt, sie möchten die Arbeit ruhig wieder aufnehmen, dann würden sie bekommen, was ihnen zusteht. Ich verweise nur auf den ersten großen Bergarbeiterstreik von 1889, wo eine Delegation der Bergarbeiter sogar beim Kaiser vorstellte und ihm ihre Wünsche unterbreitete. Jetzt, nach 23 Jahren, müssen die Bergarbeiter noch um dieselben Forderungen kämpfen, die damals dem Kaiser unterbreitet worden sind. (Lebhafter Beifall, Hört, hört! bei den Sozialisten.) Naturgemäß steht die Lohnfrage im Vordergrund. Wenn die Bergarbeiter heute nach Lage der Dinge eine Lohnerhöhung von 15 Prozent fordern, dann muß jeder wirkliche Arbeiterfreund alles versuchen, um diesen berechtigten Wunsch zu erfüllen. Streik dessen haben wir, daß weder die Regierung noch die Arbeitgeberparteien ernstlich gewillt sind, den Bergarbeitern ihren verdienten Lohn zu geben. Die Bergarbeiter aber wollen nicht wieder um Verhandlungen nach Hause geschickt werden, sie wollen als gleichberechtigte Partner im Arbeitsverhältnis mitbestimmen. (Zuruf richtig! bei den Sozialisten.) Dieses Recht wird ihnen von den Sozialdemokraten streitig gemacht. Aber die Arbeiterchaft wird sich dieses

Mitbestimmungsrecht erkämpfen

mit oder ohne den christlichen Gewerkschaften. Nun hat man gesagt, der Streik habe schlecht und Herr Gieseler hat gemeint, er sei von vornherein verloren gewesen. Man muß es den Christlichen lassen, daß sie sich die größte Mühe gegeben haben, dem Streik alle möglichen Schwierigkeiten zu machen und ihm die Sympathie der Bevölkerung zu nehmen. Wenn trotzdem 50 bis 60 in einzelnen Revieren 70 Prozent der Belegschaften in den Streik getreten sind, so ist das ein großer Erfolg. Man muß doch bedenken, daß natürlich nur die Arbeiter streiken, die bei der Kohlenförderung tätig sind. Die Mehrzahl dieser Arbeiter, die Säuer und Schlepper streiken tatsächlich. (Hört, hört! b. d. Sozialisten.) Wenn es nach ihnen so scheint, als ob nur der dritte Teil der Arbeiter streikt, so liegt das daran, daß im Interesse der Aufrechterhaltung der deutschen Industrie die Maschinenisten und die beim Aufsteigen neuer Schächte beschäftigten Arbeiter ruhig mitbestimmen ihrer Organisationsarbeit. Dadurch wird der Vernichtung großer wirtschaftlicher Werte vorgebeugt. Wenn eine Organisation so handelt, dann handelt sie im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens. (Sehr richtig! links.)

Ferner kommt in Betracht, daß Tausende von Volk- und Mannschaften weiter arbeiten. Warum sollen denn diese Leute mitstreiken, die mit der Kohlenförderung nichts zu tun haben? Gestreikt wird nur, um dem Unverschämten Zwangslohn abzurufen. Nun haben wir erfahren, daß über 9 Millionen Tonnen Kohlen in den letzten Tagen weniger produziert worden sind. (Hört, hört! bei den Sozialisten.) Das zeigt doch, daß die Wirkung dieses Streiks eine ganz kolossale ist. Der gegenwärtige Streik ist die Folge einer langjährigen Erbitterung. Während des Streiks von 1905 wurden den Bergarbeitern gleichgültig die Maßnahmen verweigert. Was ist dabei herausgekommen? Die verhasste Vergeßensnovelle, von der selbst die christlichen Gewerkschaften gesagt haben, daß sie

den Bergarbeitern keine Brot

gibt. (Hört, hört! bei den Sozialisten.) Beim Knappschaftsgesetz 1906 wurde den Wünschen der Bergarbeiter in keiner Weise entsprochen. 1907 drohte es beim Kampf um das Knappschaftsgesetz zum Streik zu kommen, weil es Verschlechterungen statt Verbesserungen brachte.

1908 kam das schreckliche Unglück auf Radbod. Jetzt glauben die Bergarbeiter, daß etwas geschehen würde. Was geschieht? Die weißen Salbe der Sicherheitsmänner, den Zwangsarbeitsnachweis und in der Reichsversicherungsordnung die Bestimmung, daß die Knappschaftsleistungen auf die Altersrente anzurechnen werden können. So hat sich der Zündstoff angesammelt, der die Bergarbeiter zum Empörung getrieben hat. Nach Ansicht des Handelsministers sind die Arbeiterausgänge für die Lohnfrage ausländisch, aber nicht nach Ansicht der Zechenherren. Jetzt schreien die Christen über den Kontraktbruch. Aber 1905 hat selbst Dr. Spahn denselben Kontraktbruch verurteilt. (Hört, hört! b. d. Sozialisten.) Jeder Kundige weiß, daß die Bergleute gar nicht unter Einhaltung der Kündigung einen Streik beizutreten können.

Die Geschäftsberichte der großen Gesellschaften sind absichtlich so verkommen, daß man über die Rentabilität der Zechen schwer klar wird. Ich habe hier aber den Bericht einer Zeche, die 19% Dividende zahlt, was macht etwa 3 Millionen aus, der Rohgewinn beträgt aber 6 1/2 Millionen. (Hört, hört! b. d. Sozialisten.) Die Zeche beschäftigt ca. 6600 Mann; bei einem Jahresverdienst des Arbeiters von 1500 Mk. würde eine 15%ige Lohnerhöhung 1 1/2 Millionen ausmachen, sobald für die Dividende immer noch 1 1/2 Millionen vorhanden wäre, eine Vergütung von 9%, also weit über den normalen Kapitalzins hinaus. Die zu erwartende Erhöhung der Kohlenpreise würde für die Zeche ca. 2 Millionen Mark Mehreinnahmen bedeuten, also dem Werke mehr einbringen, als die Lohnerhöhung kostet. (Hört, hört! b. d. Sozialisten.)

Herr Gieseler wiederholte wieder die Behauptung, es fehle an genügendem Schutz für die Nichtstreikenden. Darin liegt Entzweiung (Sehr wahr! b. d. Sozialisten.) Das schon vor Ausbruch des Streiks eintrug. Hier erzählt uns der Gieseler'sche Räubergeist von der Vergewaltigung der Christlichen, eine ganze Menge von Sachen kleinlicher Art. Er gie, er klage an. Was klagt er an? Seine eigenen Fehler, seine eigene falsche Taktik! Wir aber klagen an, daß ein

christlicher Gewerkschaftsvertreter hier den Schatzmachern Material

für ein Ausnahmefall gegen die Arbeiter liefert. Mit der Heranziehung von Militär will man offenbar, daß die Leute durchschauen und wieder anfahren. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß man verführt, einen Streik durch Gewalt zu beenden. Jetzt macht das Ruhrrevier fast den Eindruck, als stünde es unter dem Belagerungsstand. (Hört, hört! b. d. Sozialisten.) Gieseler'sche meinte, der Streik sei ein Nachweis für die Wahlen. Nun wir haben 110 Mandate und 4 1/2 Millionen Stimmen bekommen — dafür sollen wir Rache üben? (Heiterkeit und sehr gut b. d. Sozialisten.) Zuruf im Zentrum: Ruhrrevier? Wenn Sie das Ruhrrevier meinen, ich lebe dort seit 26 Jahren, und ich kann Sie versichern, nach 1 oder 2 Wahlen, dann haben Sie dort ausgemacht. (Sehr richtig! b. d. Sozialisten.) Schäfer und Gieseler sind gerade nur noch mit knapper Not durchgekommen und in der „Unbegreiflichkeit“ Domäne des Herrn Beder haben wir über 1000 Stimmen bekommen. Der Same ist gelegt und Sie sorgen dafür, daß er auch dort aufgehen wird. (Sehr gut! b. d. Sozialisten. Zuruf im Zentrum: Bochum.) Der Vertreter der Bergarbeiter Otto Due wird eher wieder

im Hause erscheinen, als Ihnen lieb ist, um die Interessen der Bergarbeiter wahrzunehmen.

Die Christlichen verfolgen jetzt die Taktik der „Gelben“. In den Kampf spielt die Frage, Breslau oder Köln? hinein, behauptet die nationalliberale „Vormund der Jugend“. (Hört, hört! b. d. Sozialisten.) Und ein christliches Gewerkschaftsblatt hat von dem weitgehenden Einfluß des Kardinals Kopp und von den politischen Einwirkungen des Zentrums im Hinblick auf den Streik gesprochen. (Ermutes Hört, hört! b. d. Sozialisten.) Dr. Böttger hat verlangt, daß die Justiz schnell arbeitet. Sie arbeitet

sehr schnell und drakonisch.

genau wie 1905. Für das Wort „Fini“ gab es damals bis zu 4 Wochen Gefängnis. (Hört, hört! b. d. Sozialisten.) Ein Streikender jagte zu einem Arbeitswilligen: Wilhelm wir haben so lange in der Belegschaft zusammen gearbeitet und nun streikst du nicht mit. Du sollst dich schämen. Daß auf, ich schreie. Bei diesen Worten ließ er von seiner Schamweste ein Messer aufsteigen. (Große Heiterkeit.) Das Resultat war 3 Monate Gefängnis. (Hört, hört! bei den Sozialisten.) Für die Worte: Du hast uns die ganze Sache verdorben, gab es 2 Monate Gefängnis. Und für den Satz: Der Hund muß Rechte haben, 6 Monate. (Hört, hört! bei den Sozialisten.) Und da wirklich noch höhere Strafen denkbar? Dr. Delbrück wollte kein Unwille der Zechen sein. Auch indirekt kann man den Kriminalen Dienste leisten. Eine Hand voll Millionäre beherzigen unsere Industrie. Das Kapital ist längst international geworden. Wir wollen die Diktatur dieser Herren brechen. Die Streikenden werden aushalten, so lange ihre Kräfte reichen. Mag die Sympathie für sie in diesem Hause etwas sein, draußen im Volk naebiet weiß man, wie der Bergmann zu schalten hat. Offentlich wird der Kampf für die Bergleute ein gutes Ende nehmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. **Beder-Annaberg** (Ztr.): Diese Rede war eine Rückschlusfanonade sonderbarsten. Wir sind in unseren Entschlüssen vollkommen frei und lassen uns in den Fragen der gewerkschaftlichen Praxis weder von politischer noch von kirchlicher Seite etwas vorreiben. Trotz der Vorformulierung im Ruhrrevier würden wir auch eine neue Justizhausvorlage ablehnen.

Abg. Sachse (Soz.):

Mit welcher Sorte von Arbeitgebern wir im Ruhrrevier zu tun haben, zeigt der gestrige Prozeß in Bochum, in dem festgestellt wurde, daß der bergbauliche Verein einen Polizeiaufseher mit mehreren hundert Mark dafür bestochen hat, daß er ihm die Namen der Streiker mitteile, die im Streikverband organisiert sind. (Hört, hört! bei den Sozialisten.) Die christlichen Arbeitervertreter halten diesen Zenten die mit so schiffen Mitteln arbeiten die Streikwilligen und lassen dafür, daß sie den Streik nicht verlieren. Wer noch ein bißchen Schraffül im Leibe hat, mag sich nun kein Urteil bilden. (Sehr gut! b. d. Sozialisten.) Die Interpellation des Zentrums ist eine Folge des

schlechten Gewissens der christlichen Arbeiterführer.

Die ihre arbeitserfindliche Taktik hier rechtfertigen wollen. Den Arbeiterschaften sind nur leere Versprechungen gemacht worden, auf die die Arbeiter wirklich nichts geben können. In Köln ist jetzt ein Ungeheuer des christlichen Bauarbeitersverbandes wegen Landfriedensbruchs anläßlich des voran Streiks zu 4 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Da wollten Sie sich doch hüten und die Gerichte aufpassen, noch härtere Urteile zu fällen. (Sehr richtig! b. d. Sozialisten.) Die Grundzüge die die christlichen Arbeitervertreter bei diesem Streik vertreten, sind die Grundzüge der Gelben. (Sehr richtig! b. d. Sozialisten.) Wenn der Streik sich so lange hinzieht, dann sind wir nicht daran schuld, sondern die Christlichen, die ihn nicht mitmachen, trotzdem sie die Verurteilung unserer Forderungen anerkennen. Vor 2 Jahren haben sie den Protest gegen die Sicherheitsmänner nicht mitgemacht und im vorigen Jahre haben sie unsere Pläne den Grubenherren sofort verraten. (Hört, hört! bei den Sozialisten.) Dann haben Herr Kogalla von Biberstein und Behrens — ein schönes Brüderpaar — wiederum behauptet, dem Streik lägen politische Motive zu Grunde. Da wir kann niemand einen Vorwurf erbringen. Wir sollen mit dem Streik beabsichtigen, den christlichen Gewerkschaften kaputt zu machen. Dann hätten wir ihn sich nicht nicht drei Mal aufgeföhrt den Streik mitzumachen. Herr Behrens hat die Streikenden der Freiheit bezichtigt, weil sie angeblich Frauen und Kinder in die ersten Reihen stellen. Selbst die Zechenorgane haben sich geschämt, so etwas zu sagen. Ich erkläre nochmals ausdrücklich, daß wir

bereit sind, die goldene Brücke zu betreten,

die Dr. Delbrück am Donnerstag vor acht Tagen zu schlagen begonnen haben soll. Auch wir wissen, daß der Streik ein zweckloses Schwerdt ist. Offentlich findet er recht bald ein gutes Ende. Wir haben unsere Schuldigkeit getan, um sie die Jahre. (Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. **Behrens** (Christl. V.) verteidigt nochmals die Haltung der christlichen Gewerkschaften und behauptet erneut, daß der Streik aus politischen Gründen unternommen worden ist.

Damit schließt die Besprechung.

Das Haus verläßt sich. Nächste Sitzung Montag 2 Uhr.

Fortsetzung der 2. Lesung des Staats des Reichsamts des Innern.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beendete am Sonnabend die Generaldebatte zum Kultusgesetz und bewilligte den Titel Ministergehalt. Schwer hatte der Minister um sein Gehalt nicht zu kämpfen. Eine einzige, im Kriegervereinstisch gehaltene Rede, in der er als das höchste Ziel der Volksschule die Erziehung der Kinder zu Purrapatrioten hinstellte, genügte, um bei der konservativ-liberalen Mehrheit und auch bei den Nationalliberalen lebhafteste Begeisterung hervorzurufen. Wie schlecht es in Wirklichkeit um das Schulwesen in Preußen bestellt ist, legte Genosse Borchardt durch umfangreiches Material dar. Gestützt auf die Zahlen des Staats wies er nach, daß der Staat für jeden Studenten 700 Mk., für jeden Volksschüler aber nur etwa 26 Mk. ausgibt. Durch eine Fülle weiteren Materials erbrachte er den Nachweis, daß entsprechend den Ansichten der herrschenden Klassen die Schule tatsächlich zur Verdrümmung der Jugend mißbraucht wird. Auch der polnische Redner Stychel und der Däne Klappenborg zeigten, wie man in den ehemals polnischen Gegenden und in Nordschleswig mit Hilfe der Volksschule eine Germanisierungspolitik treibt, die dem preussischen Staat nicht zur Ehre gereichen dürfte. Aus der übrigen Debatte war nur die Rede des Abgeordneten Schöpp bemerkenswert, der es als selbstverständlich hinstellte, daß kein Lehrer Sozialdemokrat sein dürfe. Um dieses Verbotnis einer schönen Seele richtig zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß Herr Schöpp seinerzeit mit Hilfe der Konservativen in den Landtag gewählt ist, und daß die Neuwahlen nicht mehr lange auf sich warten lassen. Offenbar will Herr Schöpp sich bei den Konservativen in empfehlende Erinnerung bringen. — Montag wird die Beratung des Kultusgesetzes durch die Besprechung der Bergarbeiter-Interpellationen unterbrochen.

Aus der Zigarrenfabrik von Arthur Peter.

Aus dem Kreise der Tabakarbeiter wird uns geschrieben: Ein Eldorado für die Zigarrensortierer und Aussenverarbeiter ist die Zigarrenfabrik des Herrn Arthur Peter, Gartenstraße 28, Teichweg. Das ist derselbe Herr, der erst unlängst das Präsidium des Fabrikantenbundes in Breslau gewählte wurde. In der Fabrik des Herrn Peter gelangt man, nachdem im Portier die Gasse hatte, das Tor zu öffnen. Aber wehe den Arbeitern oder den Arbeiterinnen, die einige Minuten nach der angeordneten Arbeitszeit erscheinen, sie werden nicht mehr in die Fabrik hineingelassen und müssen einen Tag feiern, im Wiederholungsfall 3 Tage. Andererseits darf kein Arbeiter während der Arbeitszeit die Fabrik ohne einen vom Meister ausgestellten Kassierchein verlassen. Die ausgebildeten Arbeiter nahen um 6½ Uhr Schluss, die Lehrlinge und Arbeitsmädchen, die um billigen Lohn arbeiten, können länger arbeiten, dürfen aber nicht vor 7 Uhr Abends, das heißt, wenn der Portier Peterabend lautet, aufhören. Es ist schon vorgekommen, daß die Lehrlinge, entgegen der Fabrikordnung, erst um 7½ Uhr die Fabrik verlassen konnten, weil der Portier erst um 7½ Peterabend lautete. Vielleicht kauft ihm sein Chef eine richtig laufende Uhr. Der Portier mag sich wohl als Schlichter einer Art Strafanstalt fühlen; lassen ihm die Arbeiter etwas, was ihm nicht paßt, so beschwert er sich beim Meister. Er selber glaubt sich aber berufen, den Arbeiterinnen Vorhaltungen machen zu dürfen. Dabei ist der Mann selber früher Arbeiter gewesen.

Ueber die Zustände in der Fabrik sagen besonders die Sortierer und Aussenverarbeiter. Hier haben sie schon nach etwa 17 männliche und 20 weibliche Arbeiter beschäftigt. Wiederholt kam es vor, daß die Arbeiter Annull und daß die Fabrik verfiel, wenn ihnen die Behandlung durch Herrn Arthur Peter zu schlimm wurde. Die männlichen Arbeiter sind nach und nach bis auf 3 Mann weggegangen und haben sich bessere Arbeit gesucht. Männliche Sortierer stellt der Chef nicht mehr ein, und wenn nicht gerade die größte Not dazu zwingt, dem fällt es gar nicht ein, bei dieser Firma wieder zu arbeiten.

Herr Peter sucht sich aber zu helfen und sich nach und nach eine große Anzahl weiblicher Lehrlinge anzuwerben, wobei er noch viel Geld sparte. Er fand auch in der Person des ehemaligen Meisters Eppers und anderer Meister alte Helfer, die ihm die Lehrlinge ausbilden. Der Herr Peter seine Meister oftmals wechselte, so kam es vor, daß die Lehrlinge, die 3 Jahre lernen mußten und geduldet werden, wenn sie auch 17 oder 18 Jahre alt sind, bei 2 bis 3 Meistern ausgebildet wurden, wovon jeder andere Wünsche vom Sortieren hatte. Die Lehrlinge mußten dann zum Schluss selber nicht, wie sie sortieren sollten, um eine gute Arbeit zu liefern.

Nach der Lohnbewegung im Jahre 1906, wo die Sortierer einen erhöht wurden, erklärte Herr Arthur Peter im Hofen Tone, daß bei den Löhnen, die er zahlte, die Sortierer die Woche 25 Mark verdienen müßten. Jeder Sortiererplatz sollte ihm wöchentlich 1 Mark und deshalb müßte jeder Sortierer die Woche 20 bis 25 Mark. Zigarren sortieren; sonst mache sich der Tag nicht bezahlt. Wer nicht 25 Mark die Woche verdient, das ist kein guter Sortierer.

Wie haben sich die Zeiten geändert und Herr Arthur Peter mit. Wegen der hohen Zigarettensteuer im Jahre 1909 haben sämtliche Fabriken am Dreiwöchigen aussetzen lassen, damit die Zigaretten nicht überflüssig wurden, und die Arbeiter in den Genuss der staatlichen Unterstützung treten konnten. Herr A. Peter glaubte wohl, seinem Geschäftsinhaber zu schaden, wenn er seine Arbeiter auch aussetzen lassen sollte. Die Folge davon war, daß er im letzten Jahre, als sein Lager überfüllt war, nicht mehr viel arbeiten lassen konnte und seine Arbeiter drei bis sechs Tage in der Woche arbeitslos waren. Viele konnten dann einen Anstoß auf staatliche Unterstützung nicht mehr erheben, weil es zu spät war. Die Arbeiterinnen mußten mit ein paar Mark nach Hause gehen.

Trotzdem die Sortierer jetzt wieder die volle Arbeitszeit beschäftigt sind, verdienen sie mit wenigen Ausnahmen im Durchschnitt 12 Mark die Woche. Weiß das Herr Peter nicht, oder ist er noch im Glauben, daß seine Sortierer noch alle 25 Mark verdienen? Er hat sich doch früher dahin geäußert, daß er seine Arbeiter nicht länger zahlen will. Wie man vermuten könnte, scheint es aber so, als ob die älteren Leute auch noch aus dem Betriebe hinausjagten, um junge geübte Arbeiter einzuführen.

Wie kommt es denn, daß die Lehrlinge, die für billiges Geld arbeiten, fast voll beschäftigt werden, während die älteren Leute tagelange aussetzen müssen? Steht das im Einklang mit den Verfügungen in den Bestimmungen des Fabrikantenbundes, wo Herr Peter keine Arbeiterfreundlichkeit hergibt? Warum kommen die Sortierer keine unsortierten Zigarren zum Einlegen, an dem noch immer etwas verdient wurde? Aus welchem Grunde wird diese Arbeit von Arbeitsmädchen verrichtet, die nicht einmal das Sortieren erlernen haben und schließlich nicht einmal wissen, was sie dabei verdienen?

Vor der Tabakarbeiter, als das Geschäft noch ging, genügte es, wenn in drei Farben sortiert wurde; heute möchten die Zigarren tabellos sortiert sein, was bei dem schlechten Material, hauptsächlich dem Draht, ein Ding der Unmöglichkeit ist. Nicht nur, daß verschiedene Leder untereinander gemischt sind, nein, auch das Drahtblei der Zigarette ist sehr gestrichelt, wodurch ein reines Sortieren sehr erschwert wird. Ja, Herr A. Peter, warum stellen Sie sich nicht selber einmal an den Sortierstuhl und machen eine Partie fertig? Vielleicht kommen Sie dann selbst zu der Überzeugung, daß Sie von Ihren Sortierern Unmögliches verlangen. Haben Sie auch keine Ahnung davon, worunter Ihre Sortierer jetzt am meisten leiden? Ist es Ihnen unbekannt, daß die Zigarren zu trocken, die Leder zu spröde und die Zigarettenstängel zu eng sind, so daß eine Unmenge Komplikationen entstehen muß? Die Sortierer haben jetzt unter diesen Verhältnissen über eine Partie von 5-6000 Zigarren bis 1½ Tage nachzusuchen und auszubessern. Unter normalen Verhältnissen beansprucht diese Arbeit etwa zwei Stunden. Wer hat hier den Schaden? In erster Linie die Sortierer, die unter diesen Umständen froh sein können, wenn sie bei der Firma noch 12 Mark verdienen. In zweiter Linie schädigt sich aber auch Herr Peter selber, wenn er bei jeder Partie vielleicht einige Hundert ramponierte Zigaretten hat. Außerdem können die Sortierer unter diesen Umständen auch keine 20 bis 25 Mark Zigarren sortieren, und deshalb macht sich auch der Sortiererplatz nicht bezahlt.

Als der Sortiermeister Peter bei der Firma in Stellung trat, sagte er anfänglich zu den Sortierern, daß sie viel zu viel verdienen mit den Zigaretten. Jetzt kann er diese nicht mehr gut genug sortiert bekommen. Sehr oft kommt es vor, daß die fertigen Partien ein bis zwei mal zurückgegeben werden, wenn sie angeblich nicht gut sortiert sind. Unter diesen Verhältnissen ist es ausgeschlossen, daß die Sortierer mit einem anständigen Wochenlohn nach Hause gehen können.

In seiner Sortiererei in Radzik sind drei weibliche Sortierer beschäftigt, die für 1000 Zigarren 60 Pfennig Lohn erhalten und die Woche 7 bis 10 Mark verdienen. Wegen Differenzen mit dem leitenden Meister blieben sie einige Tage der Arbeit fern. Als Herr Arthur Peter hiervon, äußerte er sich dem leitenden Meister gegenüber: „Da werde ich einmal mit dem Meister sprechen.“ Dieser sollte jedenfalls keine Anstalten als Schlichter anstellen, um die widerspenstigen Sortiererinnen (Kassierchein und ergablos) wieder zum Arbeiten zu bewegen.

Da die meisten Zigaretten unsortiert von außerhalb kommen, so werden sie auf dem Transport zum Teil beschädigt. Hat dann ein Sortierer schließlich einige Hundert Ramponierte bei seiner Partie, die er herausnehmen und abliefern muß, kann

ein großer Schaden gemacht, als wenn die Sortierer daran schuld wären. Am liebsten möchte man ihnen dann einen Anstoß zum Lohne machen.

Bei der letzten Lohnbewegung wurde vereinbart, daß der Lohnstufung öffentlich ausgeschrieben wird, was auch früher der Fall war. Heute hängt er nicht mehr öffentlich aus, sondern liegt unter dem Meistertisch, so daß die Arbeiter nicht mehr nachsehen können, welcher Preis für eine Partie bezahlt wird. Für eine Partie P b s 2 wurden früher beim Meister Eppers 95 Pfennig bezahlt; heute gibt es nur 90 Pfennig, also 5 Pfennig weniger.

Die Arbeitszeit dauert nachmittags von 1½ Uhr ohne Vesperpause bis 6½ Uhr. Bereits um 6 Uhr, wenn die Arbeiter noch da sind, wird mit dem Auskehren begonnen, was gesetzlich nicht zulässig ist. Die Behandlung der Arbeiter und Angestellten durch Herrn Arthur Peter läßt viel zu wünschen übrig. Wir könnten unerleuchtete Einzelheiten anführen, wollen aber vorläufig davon absehen. Hoffentlich tragen schon diese Zeilen dazu bei, die Zustände in der Fabrik von Arthur Peter zu bessern.

* Der neunte Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine tagt vom 15. bis 19. Juni in Berlin. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ veröffentlichte in Nr. 11 die vorläufige Tagesordnung. Für den 18. Juni steht ein Thema von ganz besonderer Bedeutung auf der Tagesordnung, nämlich die Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volkerversicherungsgesellschaft „Volksgesellschaft“, „Volkssicherung“. Das Referat hierzu hat A. v. Elm übernommen. Ueber das neue Meistertatut, das sich die dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumvereine auf dieser Tagung geben werden, spricht der Verbandsvizepräsident Schmidtchen. An den Genossenschaftstag schließt sich am 20. Juni die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine an.

Schließen, Posen und Nachbargebiete.

Achtung, Gewerkschaftler und Parteigenossen!

Eine am Sonntag stattgefundene Sitzung der Vertreter des Gewerkschaftsartikels und der sozialdemokratischen Partei aus dem Verbreitungsbezirk des Haisbachischen Bieres erklärte sich mit den gemäßigten Brauereiarbeitern der Brauerei von Haisbach in Namslau solidarisch. Die Vertreter verurteilten das Verhalten des Brauereibesizers, der gegen alles Gesetz und Recht 42 Arbeiter ohne weiteres plötzlich entlassen hat, weil sie sich dem Brauereiarbeiter-Verbande angeschlossen haben. Darin liegt eine schwere Verletzung des Vereinigungsrechts der Arbeiter, das ihnen nach § 152 der Gewerbeordnung gewährleistet ist. Gegenüber der Gemaltat des Herrn Haisbach erklären die Vertreter der Kartelle, daß ein Boykott über seine Brauerei die einzig richtige Antwort ist, die die organisierten Arbeiter zu gehen haben und es soll nichts unversucht bleiben, um Herrn Haisbach zu befehlen, daß auch er die Rechte seiner Arbeiter zu beachten hat.

Kranzsch, 18. März. Gemeindevorwahl. Die Freitag stattgefundene Gemeindevorwahl endete, wie nicht anders zu erwarten war, mit einem Erfolg für uns in der dritten Klasse. Unser Kandidat Genosse Blum erhielt von 12 abgegebenen Stimmen 10, während es die Gegner auf 17 und eine Stimme brachten. Somit ist die dritte Klasse ganz in unseren Händen. Die Gegner hatten diesmal keinerlei Anstrengungen gemacht, so daß der Wahlkampf nicht den Höhepunkt der vorangegangenen Wahlen erreichte.

In Neu-Särzchen wurde mit 23 gegen 12 Stimmen Genosse Kuhn in der dritten Abteilung neu gewählt, und in der zweiten Abteilung Genosse Dittke Densel wiedergewählt.

Mittel-Gutshof, 18. März. Ein schöner Erfolg. Bei der am Freitag stattgefundenen Gemeinde-Vertreterwahl wurde in der 1. Klasse der Genosse Steinbrücker Gustav Ringer neu- und in der 2. Klasse der Genosse Gustav Danke wiedergewählt. Bravo!

Siegnitz, 18. März. Der Räuber von Polischow. Der mit unglücklicher Furcht inkompetente Überfall in Polischow im Kreise Jauer, über den wir bereits berichtet, war jetzt Gegenstand einer Verhandlung vor der Siegnitzer Strafkammer. Der Stellenbesitzer Paul Rose in Polischow hatte am Abend von Ritters Geburtstag dem Gemeindevorsteher und dem ersten Schützen, als Beiseiten mit der gestellten Steuer-Lasse nach Hause gingen, auf der Dorfstraße aufgehalten, den Hosen der Geldbörse durchgeschnitten und dieselbe mit 2300 Mk. Inhalt geraubt. Er konnte zwar glücklich das Geld in Sicherheit bringen, nach einigen Tagen aber war er als Täter ermittelt und er mußte den ganzen Raub wieder herausgeben. Für diese kummierte Tat wurde er jetzt wegen schweren Diebstahls zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Kranzsch, 17. März. Nur 400 Prozent Rückgang. Ein Einkommensteuergesetz. Die Etablierung von Rallies haben die Verabschiedung des Einkommensteuergesetzes um 25 Prozent herabgesetzt. Vom 1. April ab werden daher statt 425 nur 400 Prozent Einkommensteuergesetz erhoben.

Bromberg, 18. März. Arbeit für den Schatz. Die Arbeiterfrau Jadomiat und der Arbeiter Raminick wurden im Januar vom Schwurgericht zum Tode verurteilt. Die Revision ist nunmehr vom Reichsgericht verworfen worden. Sie hatten beide den Ehegatten der Jadomiat um die Erde gebracht, um ein Liebesverhältnis zu führen.

Gohensalze, 18. März. Bestrafte Kurzschlösser. Wegen Kurzschlösserei hatte sich die Arbeiterfrau Kriecinski aus Amalienhof zu verantworten, die bei der Grundbesitzerin Frau Eymanda Geburtshilfe leistete, ohne eine Hebamme bei der Entbindung zuzugehen. Infolge der unsachmässigen Behandlung starb die Wöchnerin. Wegen fahrlässiger Tötung wurde die Angeklagte zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen.

Aus Oberschlesien.

Zur Bergarbeiterbewegung.

Die Antwort der Grubenverwaltungen ist Sonnabend bei den Organisationen eingelaufen. Natürlich haben die Herrschaften nichts bewilligt, sondern erklärt, daß sie nur mit den Arbeiterorganisationen verhandeln, wenn nur diese seien kompetent, über diese Fragen zu reden.

In dieser Situation nahmen nun die Vertreter der fünf in Frage kommenden Organisationen am Sonnabend nachmittags Stellung. Man war auch auf diese Antwort gefaßt, so war die Verbitterung doch unter allen Organisationen groß. Nach

eingeleiteten Verhandlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute, den 16. März, von den fünf ober-schlesischen Bergarbeiter-Organisationen abgehaltene Konferenz bedauert einmütig, daß die ober-schlesischen Bergarbeiter nach den von ihnen eingegangenen Antworten auf die Lohnangelegenheit vom 6. d. Mz. die Arbeiterorganisationen nicht als beratende Vertreter anerkennen. Die Konferenz erklärt aber ebenso einmütig, von ihren Forderungen, eine Lohnaufbesserung für die ober-schlesischen Bergarbeiter zu erzielen, nicht abzulassen, wird aber im Interesse des sozialen Friedens zunächst die Belegschaften der einzelnen Gruben veranlassen, diese Lohnforderungen durch den Arbeiterausschuß bei den einzelnen Direktoren beantragen zu lassen, und hoffen, daß sie dort Anerkennung finden. Die Konferenz behält sich weitere Beschlüsse vor.“

Am Sonnabend und Sonntag haben dann im Industriebezirk über 70 Versammlungen stattgefunden, die von allen Gewerkschaften veranstaltet waren. In den Versammlungen herrschte überall Kampfesstimmung; die Redner beleuchteten die Situation sehr scharf. Die Resolution wurde überall einstimmig angenommen. Aber neben der Kampfesstimmung zeigte sich auch überall eine große Verbitterung gegen die Christlichen und Facharbeiter, deren Verrat im Ruhrgebiet von allen Bergarbeitern scharf verurteilt wird. Von den vielen Neuzugängen haben die Christen und Facharbeiter auch nichts profitiert.

Reuthen O.-S., 16. März. In der Strafsache gegen den Medaillur Emil Nabeld in Neu-Särzchen, geboren am 25. Juni 1888 in Wurzbach, Kreis Schöps, wegen Verleumdung, begangen durch die Presse, hat die erste Strafkammer des königlichen Landgerichts in Breslau am 5. Dezember 1911 die Rechtserkenntnis: Der Angeklagte, Medaillur Emil Nabeld, 23. Verleumdung des Polizeikommissars Komine, zu Reuthen O.-S., begangen durch die Presse, schuldig, und er wird dafür zu einer Geldstrafe von dreihundert — 300 — Mark verurteilt, an deren Stelle, falls sie nicht beigetrieben werden kann, für ein Jahr — 5 — Mark ein Tag Gefängnis zu treten hat. Alle Exemplare der am 15. August 1911 erschienenen Nr. 189 der „Vollmacht“, insoweit sie den mit „Aus Oberschlesien. Im Zeichen des Schießpulvers“ überschriebenen Artikel enthalten, sowie die Insoweit zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen sind mit der aus § 41, Abs. 2 des Reichsstrafgesetzbuchs sich ergebenden Einschränkung unbrauchbar zu machen. Dem Oberbürgermeister zu Reuthen O.-S., als dem dienstlichen Vorgesetzten des Verleumdeten, sowie dem Verleumdeten, Polizeikommissar Komine in Reuthen O.-S., selbst, wird die Pflicht ausgedrückt, die Verurteilung des Angeklagten binnen sechs Wochen nach Zustellung einer Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils an ihn durch eine solche Einschränkung des verbleibenden Teiles des alten auf Kosten des Angeklagten in der „Vollmacht“ zu setzen. Im „Oberschlesischen Wanderer“ zu Gohensalze, und in der „Vollmacht“, und zwar in letzterer neunmündlich, in demselben Teile und mit derselben Schrift, wie der Urtext der Verleumdung erfolgt ist, öffentlich bekannt zu machen. Der Angeklagte hat auch die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Reuthen O.-S., 18. März. Ungenehme Fahrpläne. Auf der Station Städtisch Dombrowa benahmen sich Freitag 6 junge Juristen infolge Alkoholgenusses den Bahnbewachern gegenüber respektlos, sodaß zur Verhaftung des einen gezwungen werden mußte. Die 5 anderen verurteilten ihn zu belästigen und warfen die Fenster der Station ein. Da die Bahnsicherheitsbehörde gefordert wurde, wurde die Reuthener Polizei benachrichtigt, worauf sich herstellte und später noch 20 Schulkinder zu Fuß unter dem Kommando des Polizeikommissars in der Station beauftragt. Bei ihrem Eintreffen war aber die Ruhe bereits wieder hergestellt. Die Reuthener hatten sich nach Anabe ihrer Verurteilung bereits mit dem nächsten Zuge nach Radzikau begeben.

Siegnitz, 15. März. Kaum zu denken. In den Orten, denen Amtsvorsteher das Reichsbürgergesetz nach unter nicht genau kennen, gehört auch der unsere. Der Herr Amts-vorsteher verlangt etwas, was nach dem Reichsbürgergesetz niemand verpfichtet ist. Er schreibt an den Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins z. S. des Maurers Herrn Carl Kroschel:

Der genannte Vorstand wird hierdurch aufgefordert, das Mitgliederverzeichnis innerhalb acht Tagen mit einzureichen, da seit dem letzten ordentlichen Ab- und Zugänge hierzu nicht mitgeteilt worden sind.

Der Amtsrichter, J. V. Wichowski. Der Inhalt des § 3 Absatz 2 des Reichsbürgergesetzes vom 19. April 1908 dürfte dem Amtsvorsteher wohl bekannt sein. Wir erlauben uns, auf diesen Paragraphen aufmerksam zu machen, wo klar und deutlich steht, daß nicht die Mitglieder, sondern nur die Mitglieder des Vorstandes zu melden sind.

Laurahütte, 18. März. Ein Bubenstück, das an Gefährdung eines Eisenbahnzuges grenzt, wurde in der Nähe der Reichsbahnstation verübt. Dort war ein schwerer eiserner Damm, auf dem das Gleis geleitet worden, um einen Personenzug zur Entladung zu bringen. Durch Zufall war aber der sonst später fällige Güterzug vor dem Personenzug abgefahren worden und die Maschine des Güterzuges überschlug den Damm und wurde zerstört, wobei sie unerbittlich beschädigt wurde. Ein Polizeihund stellte als „Täter“ den Grubenschmied A., der jedoch nicht in Betracht kommt.

Laurahütte, 17. März. Selbstmord in der Wadewanne. Der 28jährige Schweißschmied Kähler in Laurahütte litt seit mehreren Monaten an schwerem Rheumatismus und brach sich ins Lazarett. Hier wurde ihm vom Arzt ein Bad verordnet. Eine Stunde später machte er in der Wadewanne aus Verzweiflung durch eine Revolverkugel seinem Leben ein Ende.

Wyschowitz, 18. März. Zur Tezelnitzer Eisenbahn-Katastrophe wird noch nachgetragen, daß bis jetzt 5 Opfer des Unglücksfalles gestorben sind. In den Kliniken und Spitälern Kranken befinden sich noch über hundert Verletzte, davon sind 53 schwerverletzte. Zahlreiche Amputationen sind vorgenommen worden. Der Arbeiter-Sonderzug war überlastet, anhaft 800 waren über 1500 Passagiere untergebracht deshalb hat auch die Katastrophe so viele Opfer gerodert.

Aus der Geschäftswelt.

Naturforschungs- und Lotterie. In der Ziehung am 15. und 16. März sind folgende Gewinne gezogen worden: 100 000 Mk. fielen auf Nr. 194 840, 40 000 Mk. auf Nr. 195 607, 20 000 Mk. auf Nr. 97 665 12, 10 000 Mk. auf Nr. 176 963. Mitgeteilt von der Firma B. Klement in Breslau, Ring 22, Spezial-Lotterie- und Bankgeschäft.

Lassen Sie sich

nicht durch scheinbare Billigkeit von Nachahmungen beeinflussen, sondern bestehen Sie darauf, immer echte Henkel's Bleich-Soda zu bekommen, dann sind Sie vor Enttäuschungen sicher. [1889]

Karmelitergeist „Tutwohl“

ist die Krone aller Hausmittel. 12 Fl. 3 Mk.; bei 24 Fl. 6 Mk. fracko, Tutwohlwerke Halle an der Saale, Mühlweg 20.